alhambra

zeitung und programm

Mai '05

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

*Danke!

Inhalt

Nazimorde in Deutschland/ NPD in Oldenburg 03
Wagenburg Prozess in HH 04
Wagenburg 10 Jahre Ole! 05
Prozesserklärung Magdeburg 06
Polizeikongress in Berlin 08
Mittenwald 10
Gammeln mit Anerkennung 13
Naziterror in Italien 14
Venezuela vs. USA 16
Algerien Teil2 18
Konzerte 21
Literaturseite 23

Seminare

20.-22.5.05, Hannover
Postmoderne und Politik

3.-5.6.05, Berlin
Vom Arbeitshaus zum 1€Job

24.-26.6.05, Berlin
Zur Kritik des Anarchismus

1.-3.7.05, Hannover
Biologie und Biologismus

15.-17.7.05, Hannover
Alltag & Freizeit im Kapitalismus

22.-24.7.05, Augsburg
Schule bleibt gemein

www.junge-linke.de

3. Nazimord innerhalb von 2 Wochen in Deutschland

Erst die Ermordung eines Punks in Dortmund, dann der ausländerfeindliche Mord in München, jetzt in Schwerte, weil sich ein junger Mann über „Heil Hitler" Rufe beschwerte. Zwischenzeitlich noch mehrere Mordversuche mit Messern unter anderem in Landau und Leipzig.

Neonazis morden weiter

34jähriger wurde in Schwerte erstochen. Zahlreiche neofaschistische Aufmärsche in Ost- und Westdeutschland.

Mit einem erneuten Mord und mehreren provokativen Aufmärschen haben sich deutsche Neofaschisten am Wochenende weiter auf den 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus eingestimmt. In Schwerte (Nordrhein-Westfalen) wurde ein 34jähriger Bochumer erstochen, in Essen, Erfurt, Stolberg bei Aachen, Ahlbeck (Mecklenburg-Vorpommern), Heilshoop bei Lübeck sowie auf den Seelower Höhen (Brandenburg) kam es zu Kundgebungen und Aufmärschen. Mehrfach bemühte sich die Polizei, die Neofaschisten vor Gegendemonstranten zu schützen.

Der 34jährige hatte sich am Freitag abend Zeitungsberichten zufolge dagegen verwahrt, daß der später Festgenommene auf den Schwerter Ruhrwiesen in aller Öffentlichkeit faschistische Parolen brüllte. Daraufhin soll es zunächst zu einem Streit gekommen sein, in dessen Verlauf der mutmaßliche Täter ohne Vorwarnung fünf Mal mit einem Klappmesser zugestochen haben soll. Antifaschistische Gruppen hatten für Sonntag abend (nach Redaktionsschluß) in Schwerte zu einer Trauer- und Protestdemonstration aufgerufen.

Die Polizei nahm den ebenfalls 34 Jahre alten mutmaßlichen Täter am Samstag in seiner Wohnung fest. Die Ermittlungen führt die Dortmunder Kriminalpolizei, die auch den Mord an einem 31 Jahre alten Punk untersucht, der am Ostermontag in Dortmund von einem Neofaschisten erstochen wurde.

In Essen waren am Samstag etwa 300 Neofaschisten aufmarschiert, um unter dem vernebelnden Motto »Keine Waffen für Israel – keine Unterstützung für Zionisten!« gegen Juden zu hetzen. Anmelder der Demonstration war Axel Reitz vom »Kampfbund deutscher Sozialisten«, der auf Plakaten den Mord an dem Dortmunder Punk begrüßt hatte. Dennoch sah Essens Polizeipräsident keinen Anlaß, der Verbotsforder-ung der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten) nachzukommen. Statt dessen kesselte die Polizei eine Gruppe von Antifaschisten ein und griff sie mit Schlagstöcken und Pfefferspray an. Mindestens sechs Personen wurden verletzt.

In Stolberg bei Aachen demonstrierten 260 Antifaschisten gegen eine Veranstaltung der NPD in der örtlichen Stadthalle.

In Erfurt ging die Polizei brutal gegen 1 000 Antifaschisten vor, die sich einer Demonstration von 70 Rechten in den Weg gestellt hatten. Die Beamten setzten Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke ein, 14 Antifaschisten und fünf Rechte wurden festgenommen. In Ahlbeck auf der Insel Usedom zogen knapp 150 Neofaschisten durch das Ortszentrum, nachdem das Bundesverfassungsgericht ein Demonstrationsverbot des Greifswalder Oberlandesgerichts aufgehoben hatte. Die Greifswalder Justiz hatte in dem Motto des Aufmarsches »60 Jahre Befreiungslüge« eine strafbare Volksverhetzung gesehen.

In Seelow störten Neofaschisten eine Gedenkveranstaltung für die 50000 Soldaten, die dort vor 60 Jahren beim Kampf um Berlin ums Leben gekommen waren. Daß die Polizei ausnahmsweise die Rechten attackierte, ist sicher dem Umstand zu verdanken, daß Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) Hauptredner war. Neun Neofaschisten wurden festgenommen, 18 Platzverweise ausgesprochen.

Auch in Heilshoop bei Lübeck kam es zu neofaschistischen Übergriffen. Ein Antifaschist wurde verletzt, als der Betreiber eines Landgasthofes, in dem mehrfach neofaschistische Veranstaltungen stattfanden, ihm ein Transparent entriß. Über 200 Menschen hatten zuvor an einer Demonstration unter dem Motto »Nazigasthof dichtmachen« teilgenommen.

ch.indymedia.org

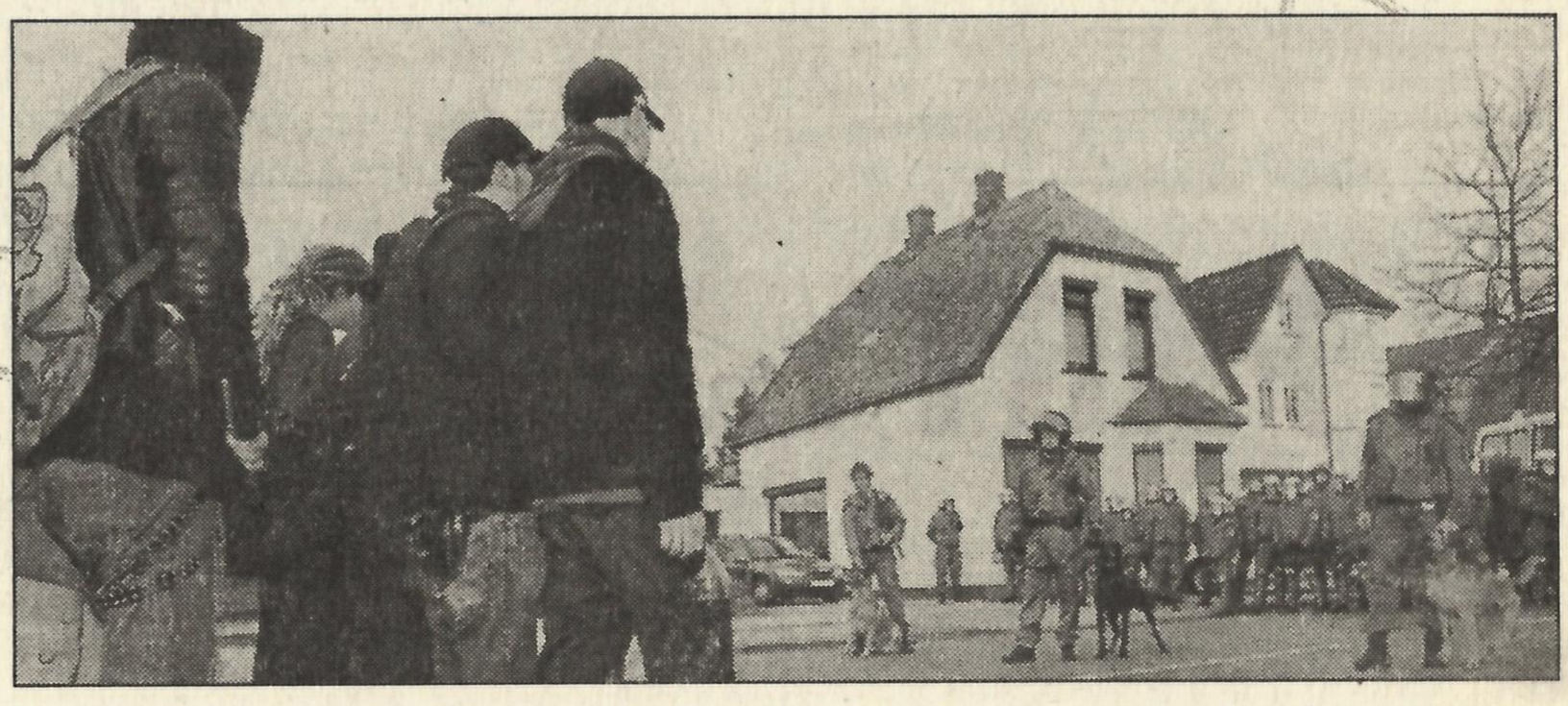
NPD Veranstaltung in Oldenburg gestört

An Spontandemos gegen eine in Oldenburg stattfindende NPD-Versammlung des Unterbezirks Oldenburg/Ammerland beteiligen sich am 16.04.2005 etwa 80 kurzristig mobilisierte Antifas.

Da es Hinweise auf eine morgendliche Aktion der NPD in der Innenstadt gab, versammelten sich AntifaschistInnen mehrere Stunden am Lefferseck. Die NPD kam aber aus unbekannten Gründen nicht.

Gegen 17 Uhr wurde versucht zum Schleusungspunkt der FaschistInnen am Polizeirevier in der Raiffeisenstraße vorzudringen. Die Bullen verhinderten mit Hunden eine direkte Begegnung und ermöglichten so den beiden Naziautos die Flucht. Als Treffpunkt hatte dieser Ort danach ausgedient.

Die AntifaschistInnen zogen sich zurück und tauchten etwa 2 Stunden später in der Eichenstraße wieder auf, um die NPD-Jahreshauptversammlung in der Gaststätte „Zinnlöffel" zu verhindern. Die Polizei hatte mit einigen Hundertschaften, Hunden und diversen quergestellten Einsatzwägen alles abgesperrt und verhinderte unter sporadischem Einsatz von Schlagstöcken ein Vordringen der Spontandemo zu den Nazis. Nach ca. zwei Stunden beendeten die knapp 30 NPD`lerInnen ihre Veranstaltung. Die Demo selbst lief lautstark durch das Wohngebiet und von Absperrung zu Absperrung. Ein Durchbruch war aber leider an keiner Stelle möglich. Nachdem die Nazis weggefahren waren, löste sich die Demo nach einem langen, langen Tag auf.



hamburg den prozess machen!

vor ca einem jahr demonstrierten ca 300 leute,
darunter 100 wagenbewohnerInnen mit ihren lastern,
in der hafenstrasse in hamburg für mehr akzeptanz
des wagenlebens
die polizei sprach der versammlung
das versammlungsrecht ab, räumte die strasse,zerstörte
teile mehrerer wägen, verklagte 47 leute wegen nötigung.
die strafbefehle bewegen sich zwischen
750 und 1500 euro,das alles stützt sich allen ernstes
auf die behauptung, dass die aktion keine
politische versammlung war...

also sowieso: freispruch für
alle angeklagten
im "pünktlich sein"-prozess!

& wagenplätze kommen & bleiben überall!...

9. mai demo • archidi-john-platz (gaffrote) **17h**

& 10.5. 8h open end-kundgebung mit livemucke & freispruch sievekingplatz vorm gericht

& abends party im stoertebeker

10 jahre im stau
5.-8. mai
2005
bauwagenplätze machen glücklich
zehn jahre in oldenburg am stau:
unser programm
fürs zehnjahresfest
von donnerstag 5.5. bis sonntag 8.5.
jeden tag:
lekker vokü, rummelplatz, zelten
feuertonne und bier trinken
donnerstag:
wagenburg präsentiert die
alhambra-vokü
kickerturnier
globale tanzmusik
freitag:
15:00 workshops:
freaksbauenholzdrucken
akrobatikundwasihrwollt
17:00 kreidler-ringreiten
abends: top- oder schrott-party
plattenund klamotten verschrotten
und ersteigern
mit DJ HELL und MC DIRX
samstag:
15:30 kaffeeklatsch, kuchen und
kinderbespa ung
abends: konzert mit
parolen rufen
freddy and the beatboys
das ist damals gewesen
tripophon
danach:
autokino
sonntag:
katerfrühstück

Prozesserklärung von Daniel Winter

Nachfolgend findet ihr die Prozesserklärung von Daniel zum Prozessauftakt am 05. April 2005 in Halle. Weitere Prozesstermine findet ihr auf der Internetseite der Soligruppe Magdeburg.
Besonders hervorzuheben ist der 24. Mai 2005. Am 24.05.2005 findet vor dem OLG Halle (Thüringer Straße 16) der 5. Prozesstag im Revisionsverfahren des so genannten „Magdeburger Terroristen Prozesses" statt. Alleine an diesem Tag sind 14 ZeugInnen vorgeladen, welche teilweise aus der linken Szene stammen. Wir gehen davon aus, dass es dort zu Aussageverweigerungen und damit verbunden auch zu Repressionsmaßnahmen wie Beugehaft kommen wird. Damit unsere FreundInnen und GenossInnen dies nicht alleine durchstehen müssen, rufen wir dazu auf, an diesem Tag zahlreich vor dem Gerichtsgebäude und im Verhandlungssaal zu erscheinen und so die ZeugInnen in ihrer Entscheidung zu unterstützen. Zeigen wir den Herrschenden, dass wir uns in keinem Fall spalten oder einschüchtern lassen.
Gegen jede Vereinzelung!
Solidarität ist unsere Waffe!

Prozesserklärung

Rückblick:
Am 21.11. 2003 wurden Marco und ich nach fast einem Jahr in Untersuchungshaft „haftverschont" und somit aus der U- Haft entlassen. Eigentlich ist die Dauer von einem Jahr in U- Haft unverhältnismäßig aber auch ein Richter oder ein angehender Bundesanwalt können natürlich mal das Augenmaß verlieren, auf wessen Kosten auch immer und natürlich ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Während der gesamten ersten Verhandlung gab es weder einen eindeutigen Tatnachweis, noch irgendwelche anderen Hinweise auf eine Beteiligung von Marco und mir an den uns zur Last gelegten „Anschlägen".
Statt dessen stellte sich heraus, dass außer dem mir zugeordneten Fingerabdruck auf dem Postpaket, das unter dem Fahrzeug des Bundesgrenzschutz gefunden wurde, noch viele weitere Fingerabdrücke auf diesem Postpaket sichergestellt wurden, die jedoch nie ausgewertet wurden. Zeugen, die Alibis für den Zeitpunkt einzelner uns vorgeworfener „Straftaten" geben konnten, wurden vom 1. Strafsenat als „unglaubwürdig" hingestellt und entlastende Beweisanträge unserer Rechtsanwälte wie z. B. die Hinzuziehung eines Linguistikers in Bezug auf die BekennerInnenschreiben oder die Hinzuziehung von Akten des Landes- bzw. Bundesamtes für Verfassungsschutz unverständlicherweise abgelehnt.

Am 16. 12. 2003 sprach der 1. Strafsenat des OLG Naumburg das Urteil gegen Marco und mich. Zwei Jahre und sechs Monate plus sämtlicher Verfahrenskosten für Marco und zwei Jahre nach Jugendstrafrecht für mich. Carsten, der ein halbes Jahr in U- Haft saß und für das lächerliche Konstrukt einer terroristischen Vereinigung der Bundesanwaltschaft als dritte benötigte Person herhalten sollte, wurde freigesprochen und haftentschädigt. In der mündlichen Urteilsbegründung erklärte der damals vorsitzende Richter Hennig sinngemäß, dass man zwar keine Beweise habe, aber sich der Senat schon vorstellen könnte, dass wir die uns vorgeworfenen Straftaten begangen haben. Ein eindeutiger Hinweis auf Gesinnungsstrafrecht!
Außerdem setzte der damals vorsitzende Richter brennende Fahrzeuge mit brennenden Synagogen gleich – eine sehr unglückliche Äußerung für eine Person in seinem Amt. Und das war nicht die einzige Links - Rechts - Gleichsetzung in seiner mündlichen Urteilsbegründung.
Wissen wir doch, dass an der Strafverfolgung von mordenden und zündelnden Nazischergen kein staatliches Interesse besteht! Wie sonst sind denn auch Urteile wie das des Landgerichtes Schwerin zu verstehen, wo die Angeklagten für Angriffe mit Molotowcocktails auf ein bewohntes Hochhaus in Rostock- Lichtenhagen, also dem Tatbestand des mehrfach versuchten Mordes, Bewährungsstrafen bekamen. Zu erwähnen sind auch die Bewährungsstrafen im Brandenburger §129a- Verfahren oder der gestrige Freispruch eines Halberstädter Nazis, der im April 2000 seinen 60jährigen Nachbarn ermordete.
Marco und ich legten über unsere Verteidiger Revision gegen das Urteil ein, die beim Bundesgerichtshof auch durchging.
Natürlich hätten wir lieber Berufung gegen das Urteil eingelegt, damit ein völlig neues unvoreingenommenes Gericht auf Grund einer eigenständigen unvoreingenommenen Beweisaufnahme zu einer Entscheidung kommt.
Am 22. 02. 2005 begann die Revisionsverhandlung gegen Marco, da der BGH die Ansicht vertrat, dass die Strafhöhe in Bezug auf die Urteilsbegründung des 1. Strafsenats des OLG Naumburg unangemessen war. Statt das Urteil nach unten zu korrigieren, hielten Sie, der 2. Strafsenat des OLG Naumburg, es für angemessen, das alte Urteil aufrecht zu erhalten und eine neue Urteilsbegründung zu verfassen. Und all das nach über einem Jahr in Freiheit, keinerlei polizeilicher Auffälligkeiten, einer ernsthaft nachgegangenen Ausbildung die nun abgebrochen werden muss und sozialer Integrität durch Verlobte und Familie.
Das haben Sie nun im Namen des Volkes, wer das auch immer sein mag, alles zerstört, obwohl Sie in die Akten eingearbeitet waren und seine Lebensumstände kannten. Ist das die von Ihnen beabsichtigte Resozialisierung?

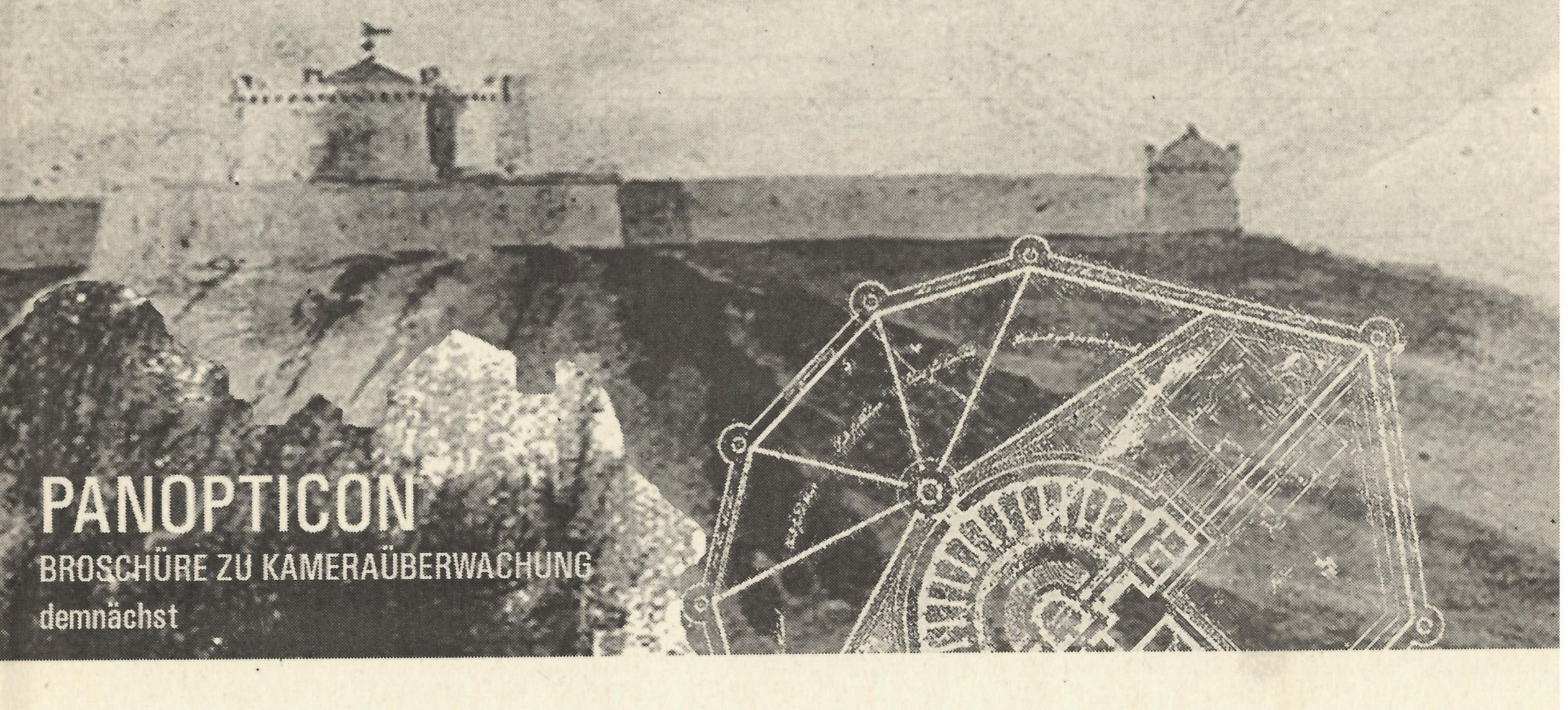
Zur heute beginnenden
Verhandlung und darüber hinaus:
„Kein Zynismus kann das Leben übertreffen." Anton Pawlow Tschechow
Heute beginnt nun erneut die Verhandlung gegen mich und allein die Tatsache, dass zwei der anwesenden Richter schon an der ersten Verhandlungsrunde beteiligt waren, verdeutlicht, dass scheinbar kein Interesse an einem fairen Verfahren besteht, sonst hätten Sie wohl von der voreingenommenen Besetzung abgesehen.
Natürlich ist es Ihre Aufgabe, Formen des sozialen Widerstands in seine Schranken zu weisen, und auch wenn Sie von Begriffen wie „Klassenjustiz" nichts hören wollen, so praktizieren Sie als VertreterInnen der deutschen Judikative doch genau diese! Dies zeigt sich nicht nur am Beispiel des Mannesmann- Verfahrens, bei dem alle Angeklagten aus dem Aufsichtsrat frei gesprochen wurden, sondern auch am Beispiel der Strafanzeige des Berliner Rechtsanwalts Wolfgang Kaleck, der am 30. November 2004, im Namen einer US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation und vier irakischen Folteropfern, bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe unter Bezug auf das bundesdeutsche Völkerstrafgesetzbuch Anzeige erstattete. Die Bundesanwaltschaft sah trotz nachweisbarer Folter und eines völkerrechts-

widrigen Angriffskriegs nach eigenem Bekunden „in Ansehung des Grundsatzes der Subsidarität (Nachrangigkeit), kein Raum für ein Tätigwerden deutscher Ermittlungsbehörden."
Noch nie in der deutschen Geschichte ging es den großen Unternehmen wie Daimler-Chrysler, der deutschen Telekom oder auch Siemens so gut wie heute. Nie zuvor wurden so große Gewinne eingefahren, wie in den letzten Jahren; Tendenz steigend! Nie zuvor fand aber auch eine so enorme materielle Umverteilung von unten nach oben statt, wie sie in den vergangenen Jahren erfolgte. Auch hier ist die Tendenz steigend! Immer wieder propagieren Wirtschaft und Politik „wir müssen den Gürtel enger schnallen", „unseren Lebensstil nach unten schrauben" oder „jeder muss Kürzungen und Einschränkungen in Kauf nehmen".
Trotz enormer Profitmaximierungen auf Rekordniveau werden tausende ArbeitnehmerInnen entlassen, in den Billiglohnsektor abgeschoben und in ihren Rechten beschränkt. Das Kapital diktiert die Politik! Aber wollen wir das? Nein! Es ist nicht verwunderlich, dass sich gegen diese Politik der Ausbeutung und Unterdrückung Widerstand entwickelt, wird doch gerade durch Hartz4 Armut per Gesetz diktiert.
Warum sind denn die Gefängnisse überfüllt? Weil es sich bei einem Großteil der sozialen Gefangenen um Menschen handelt, die keinen anderen Weg sehen sich finanziell über Wasser zu halten. Sie sind dazu gezwungen „kriminell" zu agieren um ihr Überleben zu sichern. Es ist die Aufgabe der deutschen Linken sich dieser Entwicklung anzunehmen und den Knast als Feld sozialer Kämpfe wieder zu entdecken. Widerstand regt sich auch hinter Gittern und politische wie auch soziale Gefangene brauchen unsere Solidarität. Jeder von uns könnte der/die Nächste sein, ob nun auf Grund unbezahlter Rechnungen, dem Diebstahl von Lebensmitteln oder anstehender Abschiebung.
Wir werden um den Aufbau organisatorischer Strukturen vor und hinter den Mauern nicht herum kommen also lasst uns endlich handeln und nicht nur reden: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen, konzentrieren wir uns auf das Wesentliche!!!
In diesem Sinn viele Grüße, Kraft und Ausdauer für die momentan in Aachen angeklagten Gabriel, Bart, José und Begoña!
Solidarität mit den Betroffenen der Repressionswelle in Baden- Württemberg und den §129 StGB – Kriminalisierten in Hamburg!
Solidarität mit den 1. Mai- Verurteilten und allen Gefangenen in europäischer Abschiebehaft!
Solidarität mit den GenossInnen von Libertad!, die auf Grund einer Online-Demonstration gegen die Abschiebepraxis der Lufthansa kriminalisiert werden!
Solidarität mit Thomas Meyer-Falk, Rainer Dittrich, Birgit Hogefeld, Eva Haule, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und den Verurteilten aus angeblichen RZ- Zusammenhängen! Die RAF- Gefangenen müssen raus! – Christian Klar muss nach Berlin, setzen wir uns dafür ein! Solidarität mit den baskischen GenossInnen, die dieses Jahr unter zahlreichen Massenprozessen zu leiden haben! Solidarität mit den Gefangenen der Action Directe in Frankreich und den GenossInnen des 17. November und der ELA in Griechenland! Grüße und Solidarität auch an alle türkischen und kurdischen GenossInnen, die nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland einer enorm starken Repression ausgesetzt sind! Freiheit für alle sozialen und politischen Gefangenen weltweit! Kein Knast steht ewig!
Kriminell ist das System und nicht der Widerstand! – Gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung!

Für die soziale Revolution weltweit!!!

Daniel Winter, 05.04. 2005

Das Prinzip dabei ist: an der Peripherie ein rimgförmiges Gebäude; im Zentrum ein Turm; dieser wird von großen Fenstern durchbrochen, die auf die Innenseite des Rings hinausgehen. Das Gebäude der Peripherie ist in Zellen unterteilt, wobei jede die gesamte Tiefe des Gebäudes durchzieht. Diese Zellen haben zwei Fenster: das eine, das nach innen geht, korrespondiert den Fenstern des Turms; das andere, das nach außen geht, gestattet dem Licht das Ausleuchten der Zelle von einem bis zum anderen Ende. Man braucht jetzt nur noch einen Überwacher der Zentralturm zu setzen und in jede Zelle eine Wahnsinnigen, einen Kranken, einen Verurteilten, einen Arbeiter oder eien Schüler einzuschließen. Durch den Gegenlichteffekt kann man vom Turm aus die sich im Licht abhebenden, in den Zelle der Peripherie eingefangenen Silhouetten erfassen. ***Alles in allem kehrt man das Prinzip des Verlieses um; das volle Licht und der Blick eines Überwachers fangen besser ein als das Dunkel, das letzlich schützen würde.***



STILL DANGEROUS

Mit welchen Mitteln will die Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgen? Der 8. Europäische Polizeikongress in Berlin zeigte es.

In der Friedrichstraße weisen lediglich drei geparkte Mannschaftswagen der Berliner Polizei und ein Rettungsfahrzeug darauf hin, dass im Hotel Maritim eine Veranstaltung mit erhöhtem Sicherheitsbedarf stattfindet. Erst der Zugang zu den Kongressräumen ist mit Metalldetektoren versperrt, die von höhensonnengebräuntem, unauffällig dreinschauendem Personal bedient werden. Das Namensschild am Rheinmetallschlüsselband gut sichtbar umgehängt, wird die Sicherheitsschleuse passiert.

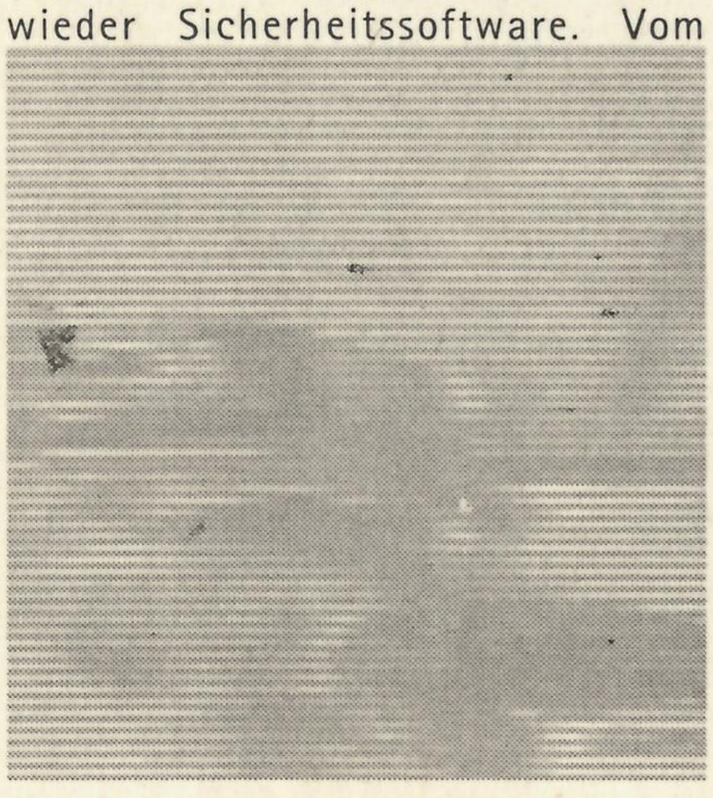
Einmal drinnen, winkt rechts das erste Buffet. Gleich gegenüber beginnt der Rundgang durch die Ausstellung für modernste Sicherheitstechnologie. An vielleicht 40 eng gedrängten Ständen präsentieren Unternehmen und Behörden den knapp 1 500 Gästen einen Querschnitt der Mittel und Methoden totaler Überwachung. Es finden sich Kamerasysteme, digitaler Mobilfunk, Vernetzungssoftware, Baukastensysteme so genannter nicht lethaler Waffen (Pfefferspray und der gute alte Polizeiknüppel seien als bekanntere Beispiele angeführt), Rettungsmittel und immer wieder Sicherheitssoftware. Vom besonders stabilen Laptop für besondere Einsatzanforderungen über den Polizeihelm der Zukunft bis zum Fingerabdruckerkennungsgerät können die Besucher hier alles anschauen, anfassen und sich ausführlich erklären lassen.

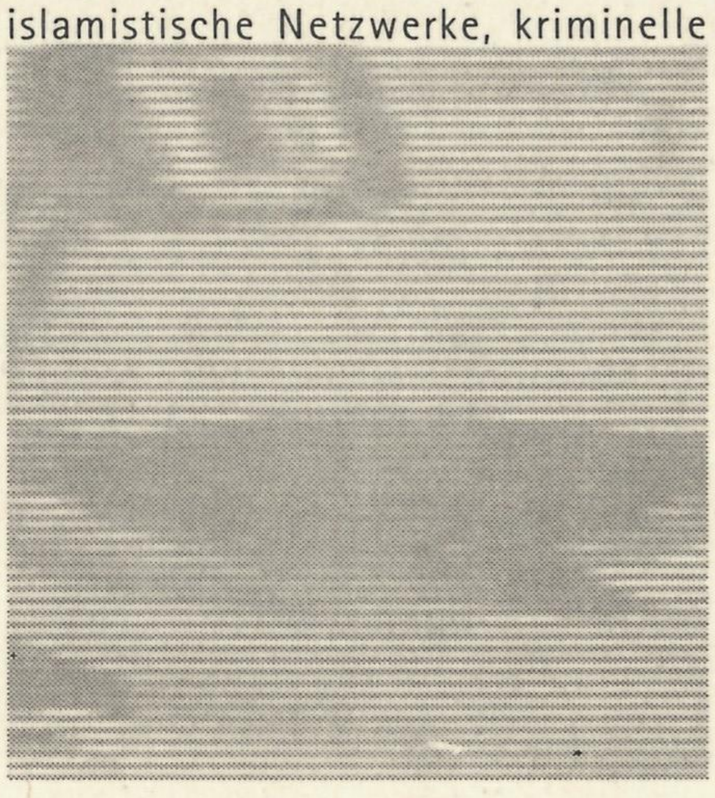
Viel lässt sich hier lernen, beispielsweise über Biometrie. Als letzter Schrei werden Geräte zur Erkennung der Venen im Handrücken gehandelt. Die Firma Rola, ein Anbieter von Fahndungssoftware, führt ihr Gesichtserkennungsprogramm anhand eines 20fach veränderten Passfotos vor. Als Manfred Mustermann, dessen äußere Merkmale auf ihre Variabilität überprüft werden, dient in diesem Fall ein Schwarzer mit Rastalocken und einem verschlagenen Gesichtsausdruck. An einer zwei Meter breiten Wand findet sich ein Schaubild über südostasiatische Terrorgruppen, »weakened but still dangerous«.

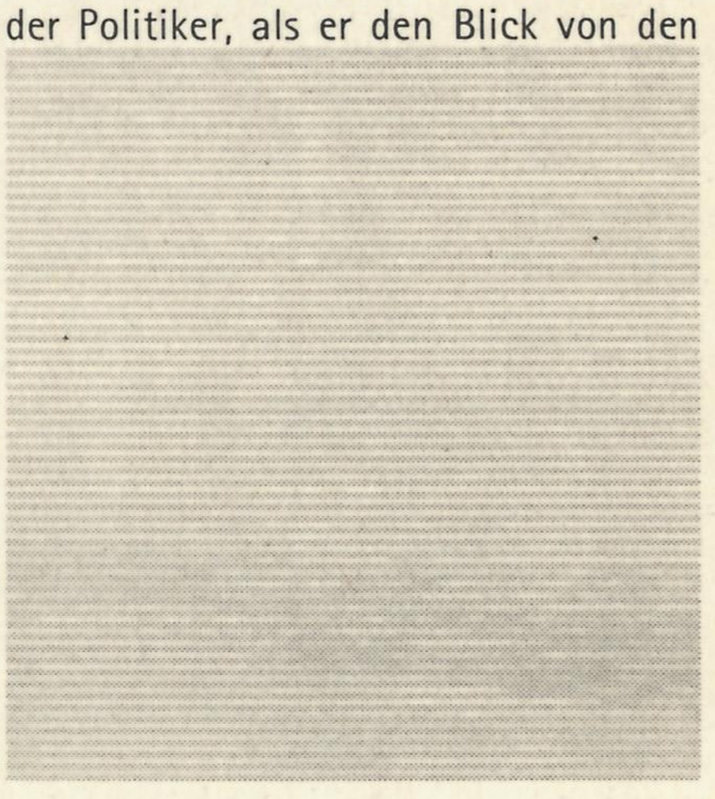
Im Vortragsprogramm spricht Günther Beckstein (CSU), der bayerische Innenminister, eine halbe Stunde lang, monoton in Diktion und Inhalt, von der Bedrohung durch islamistische Straftaten, islamistische Netzwerke, kriminelle islamistische Strukturen und über »Moscheen und andere islamistische Einrichtungen«. Bestätigend nicken viele Herren mittleren Alters in schwarzen Anzügen. Die einzigen Farbtupfer im Publikum bilden ein paar feldgraue Bundeswehruniformen und zwei Polizisten vom Stand des Landes Hessen.

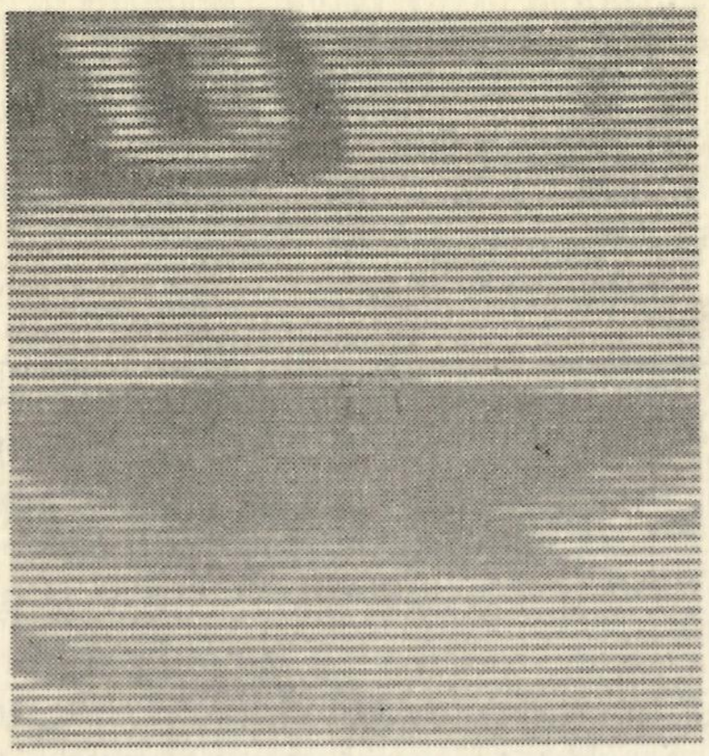
Beckstein, wie auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Jörg Ziercke, sprechen ganz selbstverständlich von der großen technischen Aufgabe, in Zukunft jede E-Mail und jedes Telefonat in Deutschland aufzuzeichnen und mindestens zwölf Monate lang zu speichern. Die Herausforderung liegt offensichtlich in der Verwaltung und Sicherung der erwarteten riesigen Datenmenge, nicht darin, den Plan politisch durchzusetzen. Immerhin weist Ziercke darauf hin, dass es auch andere Rechtsauffassungen gebe.

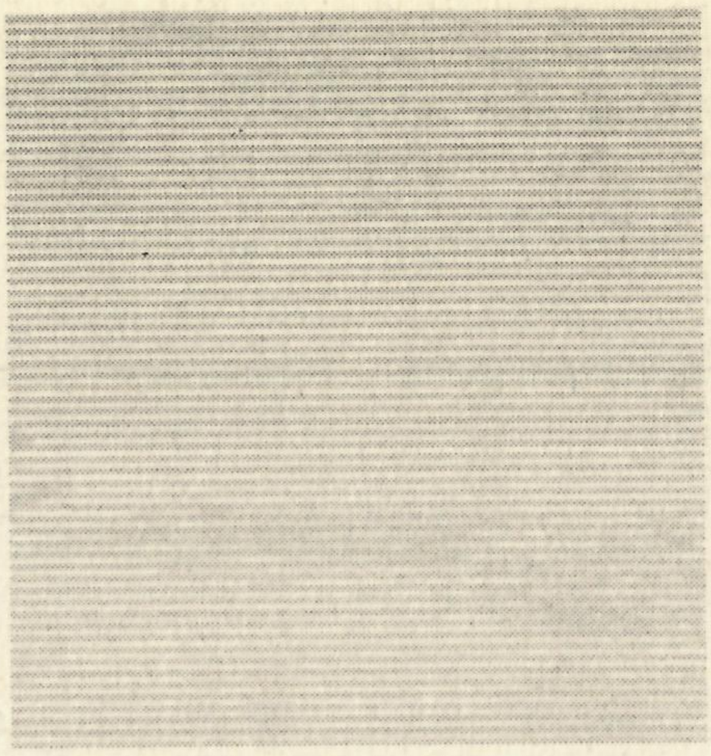
In der Rhetorik Becksteins stellt Freiheit einen Gegensatz zu Sicherheit und Recht dar. Datenschutz wird, folgt man dieser Logik, zur Gefahr, nicht nur für den Staat, sondern auch für das Recht. Selig lächelt der Politiker, als er den Blick von den

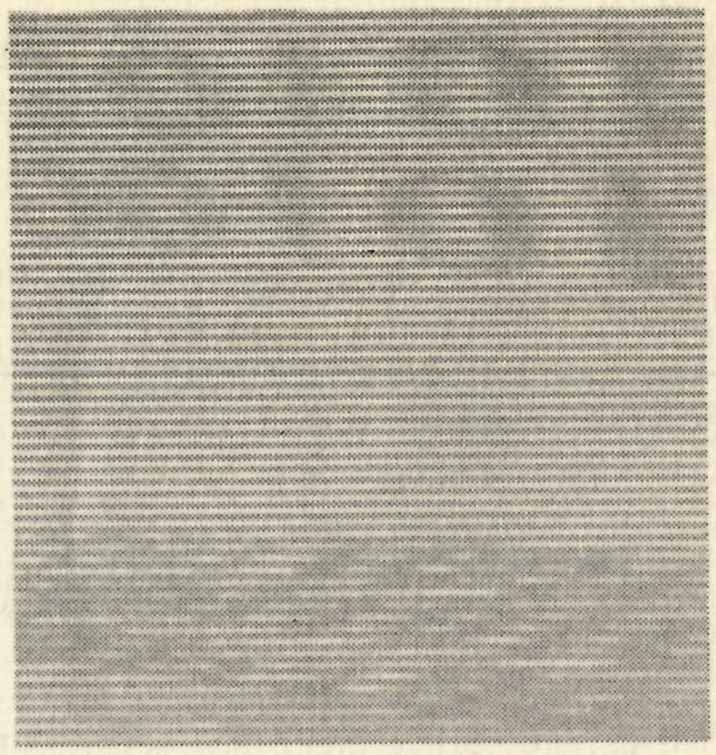












Manuskriptseiten hebt, um von seiner letzten Reise in die USA zu berichten, als er routinemäßig Fingerabdrücke abgeben und Fotos von sich machen lassen musste.

Auf den Gängen wird derweil der Lunch serviert. Stehend, den Teller in der einen, die Gabel in der anderen Hand, kommt man ins Gespräch. Datenübertragungsraten und Rechenleistungen sind die vorrangigen Konversationsthemen. Visitenkarten werden ausgetauscht, an den Ständen der Unternehmen sind Behördenvertreter gern gesehene Gäste. IBM, Bosch, Nokia, JVC, Siemens und ihre mittelständische Konkurrenz, sie alle sind auf Kundenfang.

Der Kongressveranstalter, die auf Katastrophenschutz, Sicherheits- und Militärpolitik spezialisierte Bürokratenpostille Behördenspiegel hat für dieses informelle Forum der »Entscheidungsträger und Beschaffer der europäischen Behörden« prominente Förderer werben können. Die Bundesregierung, die Europäische Kommission und Europol unterstützen den Kongress.

Die europäische Dimension wird vor allem deutlich im Vortragsblock der Innenminister diverser neuer Mitglieder der EU sowie einiger Kandidaten. In kurzen Statements dürfen die Minister aus Litauen, Lettland, Polen, Rumänien und sogar Albanien ihre Treue zu den Sicherheitsabkommen bestätigen und den Zuhörern von ihrer hervorragenden Sicherung der Grenzen und ihren großen Anstrengungen bei der Abwehr illegaler Einwanderer berichten. Je ferner der EU-Beitritt des entsprechenden Landes ist, umso pathetischer das Bekenntnis seines Vertreters zum gemeinsamen Haus, zur gemeinsamen Familie Europa.

Um weitere logistische Unterstützung bei den anstehenden Grenzsicherungsaufgaben wird geworben. Insbesondere geht es um die mangelhafte Ausstattung mit digitaler Funktechnik und fehlende europäische Standards. Da trifft es sich gut, dass die Telekomtochter T-Systems in der 30minütigen Präsentation ihres Direktors, Axel Birkholz, Hard- und Software für die Anforderungen innerer und äußerer Sicherheit vorstellt. Auch Birkholz spricht den Konflikt zwischen staatlicher Kontrolle und Bürgerrechten an, allerdings nur, um unbekümmert dazu überzuleiten, dass »unabhängig davon, wie diese Frage gelöst wird«, sein Unternehmen die passenden Angebote parat habe.

Die Bundesdruckerei kann schon etwas Handfestes bieten, ein Gerät, das Passfälschungen aufdecken soll. Der kleine graue Kasten, so wird versichert, funktioniere sowohl stationär und netzwerkgebunden als auch autonom und mobil. Er sei leicht zu bedienen, vor allem für privates Sicherheitspersonal, und habe in seiner Datenbank alle Pässe der Welt mit ihren Merkmalen verzeichnet.

Zum Beweis können Zuschauer ihre eigenen Ausweise überprüfen lassen, während an einem ukrainischen Pass demonstriert wird, was geschieht, wenn ein gefälschtes Dokument entdeckt wird. Die Eigentümerin kann festgenommen, mit modernsten Methoden erkennungsdienstlich behandelt und sicher verschnürt in ihr Herkunftsland abgeschoben werden.

Anlass zu Panik oder Hysterie gebe es nicht, betonte Günther Beckstein in seiner Rede nachdrücklich. Denn wir sind auf dem richtigen Weg.

von daniél kretschmar
Jungle World Nr.15

Pfingsten 2005: Eine Woche zuvor jährt sich der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus zum 60. Mal. Etliche aber wurden damals nicht befreit sondern besiegt und diese Niederlage steckt ihnen 60 Jahre später noch in den Knochen. Und so werden sich auch dieses Jahr zu Pfingsten über tausend ehemalige Wehrmachtssoldaten, gegenwärtige Bundeswehrsoldaten und ihre GesinnungsgenossInnen aufmachen zu einer Gedenkveranstaltung der ganz anderen Art: Nach Mittenwald, zum ‚Ehrenmal' der Gebirgsjäger am Hohen Brendten, wohin der Kameradenkreis der Gebirgsjäger seit 48 Jahren lädt, damit sie dort ‚ihrer' Toten aus zwei Weltkriegen gedenken.

Wir finden: Sie müssen sich ihrer Täterschaft erinnern und der Opfer gedenken. Darum sind die Gebirgsjäger seit 2002 bei ihrer widerlichen Veranstaltung nicht mehr ungestört: Vor drei Jahren enterte eine Gruppe AntifaschistInnen das traditionelle Schweinebratenessen von Gebirgsjägern im ‚Postkeller' in Mittenwald und forderte eine Gedenkminute für die Opfer der Verbrechen der Gebirgsjäger. Für diese sicherlich nicht unbillige Forderung wurden sie von Greisen mit Stühlen attackiert, aus dem Lokal geworfen und anschließend von der bayrischen Polizei für 24 Stunden in der Jugendherberge festgesetzt.

In den vergangenen beiden Jahren wurde öffentlich und breiter nach Mittenwald mobilisiert: Gegen den Skandal eines Tätergedenkens, an dem sich nicht nur die noch lebenden Täter sondern auch die Bundeswehr beteiligt; gegen den Skandal, in dem unbeirrt an der Mär von Ehre und Tugend des deutschen Gebirgsjägers gestrickt wird, am generationenübergreifenden soldatischen Geist – und dies alles im Angesicht der Tatsache, dass diese Truppe während des Zweiten Weltkriegs eigenhändig Massenmorde in über 50 Orten quer durch Europa verübte.

Kommeno, ein Dorf in Nordgriechenland, wo sie über 317 ZivilistInnen ermorden, und Kephalonia, eine Insel bei Korfu, auf der sie 5000 tausend entwaffnete italienische Soldaten niedermetzelten, sind von den Verbrechen der Gebirgsjäger nur die bekanntesten: Von Griechenland über den Balkan, nach Italien und Frankreich bis hinauf nach Finnland zieht sich eine breite Blutspur.

Die alljährliche Selbstvergewisserung der Gebirgsjäger an Pfingsten hat so immer auch den Charakter einer Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher, ideell und ganz konkret: Hier werden Absprachen getroffen für den Fall, dass die Strafverfolgungsbehörden doch noch einmal mit einer Mordanklage an die Tür klopfen. Das alles ist widerlich, und wir wollen, dass das aufhört.

Darum gibt es seit zwei Jahren zu Pfingsten in Mittenwald nicht nur ‚gedenkende' Gebirgsjäger, sondern auch Veranstaltungen mit Überlebenden der Massaker der Gebirgstruppe, die so am Ort der Täter eine Stimme erhalten, es gibt Aktionen und Demonstrationen, die dazu geführt haben, dass das Gebirgsjägertreffen vom alljährlichen normalen Vorgang zum brisantesten Thema der örtlichen öffentlichen Debatten geworden ist. Aber das reicht uns nicht! Wir fordern: Weg damit! Es muss endlich Schluss sein mit dem Gebirgsjägertreffen in Mittenwald! Es muss Schluss sein mit Feierlichkeiten, bei denen Täter zu Opfern umgelogen werden! Erst dann kann die Frage eines Mittenwalder Bürgers, wie denn der antifaschistische „Sauhaufen" am besten aus Mittenwald fernzuhalten sei, eine Antwort finden.

Wir werden diesen Forderungen 2005 mit Zeitzeugenveranstaltungen, mit einem Sternmarsch, mit Demonstrationen, mit Straßentheater, mit eigenen Mahn- und Reuegottesdiensten auf dem Hohen Brendten und einem „Wiederentwaffnungs"-Camp in Mittenwald Nachdruck verleihen.

„Ich würde ja was sagen, aber dann müsste ich hier wegziehen."'

Im idyllischen und touristenfreundlichen Mittenwald herrscht eine repressive Atmosphäre von Gewalt und Angst. Während der Demonstration am Pfingstsamstag 2004 musste sich der Theresienstadt-Überlebende Ernst Grube anhören „man hat Euch zu vergasen vergessen". Die Wirtin einer Gaststätte fand: „Euch müsste man alle mit dem Schürhaken erschlagen". Solche Hinrichtungsphantasien sind kein Einzelfall. Wo er aber nicht freiwillig besteht, da wird in der Gemeinde der Gebirgsjäger-Konsens erzwungen. Der Vorstand des Mittenwalder Sportvereins, in dessen Halle 2003 das Hearing mit Überlebenden der Massaker stattfand, ist anschließend von seinen Mitbürgern unter so massiven Druck gesetzt worden, dass er die zentral gelegenen Örtlichkeiten 2004 nicht mehr an die ‚Angreifbare Traditionspflege' vermieten wollte. Kein Buchladen fand sich bereit, das vom AK Angreifbare Traditionspflege herausgegebene Buch ‚Mörder unterm Edelweiß' in sein Sortiment aufzunehmen. Und während diejenigen mit den Mord-Gedanken oft keinerlei Scheu davor haben, diese auch noch öffentlich kundzutun, wird eine negative Haltung zum Gebirgsjägertreffen nur heimlich und leise zugegeben. „Ich find das auch nicht so gut, aber wenn ich was sagen würde, dann müsste ich hier wegziehen" ist eine Äußerung, die inzwischen so oft gefallen ist, dass sie für das politische Klima in Mittenwald als repräsentativ gelten kann.

Ein Ziel unserer Aktionen ist es, den Schulterschluss von Militär und Gemeinde in Mittenwald zu brechen. Hier sehen wir taktisch auch ganz gute Chancen: Denn das ganze öffentliche Aufsehen, dass das Treffen und die Gegenaktionen hervorgerufen haben, die ungenierten Äußerungen mancher Mittenwalder BürgerInnen vor laufender Kamera und die laufenden Ermittlungsverfahren wg. Kriegsverbrechen in Kommeno und Kephalonia haben bereits zu Stornierungen empörter TouristInnen geführt, die unter solchen Mörderbanden keinen Urlaub machen mögen. „Schadet das Pfingsttreffen dem Tourismus in Mittenwald?" ist eine der vielen Fragen,

die wir Pfingsten gern öffentlich in Mittenwald erörtern wollen.

60 Jahre nach dem Krieg

In den kommenden Monaten wird es eine Fülle an Gedenkveranstaltungen und Feierlichkeiten zur Niederlage des Faschismus und zum Ende des zweiten Weltkriegs geben. Sie finden in einem Staatsakt von Bundestag und Bundesrat am 8. Mai und der offiziellen Eröffnung des Holocaust-Mahnmals am Tag darauf ihren vorläufigen Höheund Schlusspunkt. Selbstverständlich begrüßen wir viele Veranstaltungen in diesem Kontext, aber es liegt darin auch eine Gefahr: die Gefahr, dass die Deutschen zu ‚Weltmeistern im Gedenken' werden, einem Gedenken, das zur Routine gerinnt und darunter einen Raum eröffnet, in dem die Forderung nach einem, Schlussstrich' und einer ‚Normalität' im Umgang mit der deutschen Geschichte laut wird. Zwischen Staatsakt am 8. Mai und der offiziellen Eröffnung des Holocaust-Mahnmals droht die Forderung nach einer aktiven Auseinandersetzung mit der Tätergeschichte, nach der Verfolgung der zahlreichen noch lebenden Täter und nach einer Entschädigung der Opfer unterzugehen. Dem demonstrativen öffentlichen Gedenken in der Hauptstadt entspricht das massive öffentliche Verdrängen, Umbiegen und Leugnen an Orten, für die Mittenwald nur ein besonders krasses Beispiel ist. Berlin und Mittenwald sind aber geeint in der offiziellen Deutung der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus in einen Sieg der Demokratie über den Extremismus. Indem man sich so moralisch auf die Seite der Kriegsgewinner projiziert, ist es möglich, die Bundeswehr mit dem Argument der Verhinderung eines neuen Auschwitz wieder Angriffskriege führen zu lassen. Auch hier sind die Gebirgsjäger, in Traditionspflege den alten Kriegsverbrechern der Wehrmacht eng verbunden, ganz vorne dabei.

Wir fordern darum:
Wiederentwaffnung der Bundeswehr

Was wir wollen:
NS-Täter verfolgen - Opfer entschädigen

Wiederentwaffnungsprogramm

Nach über einem halben Jahrhundert unsäglicher Traditionspflege der Gebirgsjägereinheiten aus der Bundes-Wehrmacht findet nun endlich bei der Gemeinde Mittenwald in der Zeit vom Donnerstag, den 12. Mai, bis zum Montag den 16. Mai ein Wiederentwaffnungscamp statt. Ganz wichtig wird es dabei sein, sich diesmal warme Klamotten einzupacken, da zu dieser Zeit an diesem Ort ein Schneebefall mit den entsprechenden Temperaturen nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Und das Vorhandensein von funktionierenden Taschenlampen weist in Fällen von Dunkelheit und Antiaufklärung immer den Weg. Es wird aller Voraussicht im Camp eine Volxküche geben.
Das Camp ist jedoch kein Selbstzweck. Es soll uns sowohl als Raum für substantielle Diskussionen und Gespräche als auch für vielfältige praktische Demonstrationsvorbereitungen für den Samstag und Sonntag in der Gemeinde wie auch auf dem Hohen Brendten dienen.
Das nachfolgend aufgeführte, auch nach unseren Erfahrungen, umfängliche Demonstrationsprogramm haben wir aus den guten wie schlechten Erfahrungen sowohl mit der Bevölkerung als auch der Polizei in den letzten drei Jahren unseres energischen Widerspruches, in dieser Gemeinde entwickelt

Programm

Donnerstag, 12. Mai
Anreise zum Wiederentwaffnungs-Camp in Mittenwald aus dem Bundesgebiet und der ganzen Welt Ab 19:00 Eröffnungsveranstaltung

Freitag, 13. Mai
Aktionstag im Freistaat Bayern mit mindestens zwei Arbeitskreisen zu Militarismus und zu den Todesmärschen aus Dachau, und einem mobilen AK der u.a die Zugspitze, Neuschwanstein und den Karwendel-Gipfel mit „Tourismus in Mittenwald fördernden" Flugblättern mit japanischer und englischer Übersetzung bereisen wird.
Ab 20.30 Uhr Vollversammlung:
„Was heißt Aufarbeitung der Vergangenheit heute 60 Jahre nach dem 8. Mai 45 im Land der Täter?

Samstag, 14. Mai
Zeitzeugenveranstaltung 9.30 Uhr
Ort: Mittenwald mit: Livio Piccioni. Resistenza Camerino (angefragt) Bruno Pettinari Macerata Historiker (angefragt) Lipej Kolenik, Partisanenname Stanko. Lipej Kolenik desertierte von der Wehrmacht und schloss sich den Kärntner Partisanen an. Anton Pecnik, Partisanenname Tine, desertierte von der Wehrmacht, nachdem er gesehen hatte, was die in Polen anrichtete. Er schloss sich den Kärntner PartisanInnen an und wurde schließlich Kommandeur.
Vida Obid ist seit Jahrzehnten in verschiedenen Initiativen und Organisationen der Kärntner SlowenInnen politisch aktiv. Gemeinsam mit Andrej Leben und Mirko Messner verfasste sie das Buch: „Haiders Exerzierfeld", das die historischen Gründe für den in Kärnten so virulenten Deutschnationalismus und Rechtsextremismus nachzeichnet.

In Mittenwald werden folgende Plätze von 10 Uhr bis 16 Uhr angemeldet:

Bahnhofsvorplatz: Info-Stand, Versammlungsleitung, Anlaufstelle
Dekan-Karl-Platz: Dauerkundgebung mit LiveÜbertragung der Zeitzeugen-Veranstaltung
Prof. Schreyögg-Platz: Ausstellung Kriegsverbrechen der Mittenwalder Gebirgsjäger"
Platz vor der katholischen Kirche Im Gries: Straßentheater „Buchstabenballett"
Obermarkt, Ecke Staingerstraße: Info-Stand und Straßentheater „Buchstabenballett"

Sternmärsche am Samstag ab 15:00 Uhr Die Sternmärsche werden um 15 Uhr beginnen, die einzelnen „Marschblöcke" treffen sich vor der katholischen Kirche, wo um 16.30 Uhr die zentrale Abschlussdemonstration beginnt. Alle Sternmärsche werden jeweils einen Lautsprecherwagen bzw. Megaphone mit sich führen.
Stern 1: „Der Kameradenkreis der Gebirgsger". Treffpunkt: Parkplatz an der Kneipp-Anlage, Ecke Ferchenseestraße. Route: Grünkopfstraße - Wettersteinstraße - Ludwig-Murr-Straße - Im Gries bis zur katholischen Kirche. Zwischenkundgebung Grünkopfstraße 12 zum Thema „Die 12. Kompanie/

Regiment 98 in Kommeno".
Stern 2: „Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Nord- Skandinavien".
Treffpunkt: Schanzenweg, Ecke Innsbrucker Straße. Route: Dekan-Karl-Platz – Obermarkt – katholische Kirche. Zwischenkundgebung am Postkeller, Innsbrucker Strasse zum Thema: „Veteranenverbände als geschichtspolitische Akteure".
Stern 3: „Gebirgsjäger in der Bundeswehr". VVN-BdA Treffpunkt: Standortverwaltung der Bundeswehr. Route: entweder über Tiefkarstraße oder Schöttelstraße zur katholischen Kirche. Zwischenkundgebung am Rathaus zum Thema:„Kriegsverbrechen von Oberstleutnant Salminger" und:„Schadet das Traditionstreffen der Gebirgsjäger dem Tourismus im Werdenfelser Land?"
Stern 4, Radl-Demo: „Befreiung der Juden in Mittenwald". Treffpunkt: Rathaus Krün im Gstandlweg. Route:über die B2 nach Mittenwald auf die Garmisch-Partenkirchner-Straße – Hochstraße – katholische Kirche. Zwischenkundgebung am Tragetierdenkmal/Karwendelkaserne zum Thema: „Deserteure der Gebirgstruppe" mit Ludwig Baumann

Zentrale Demonstration am Samstag

Die zentrale Demonstration beginnt um 16.30 Uhr an der katholischen Kirche in Mittenwald.

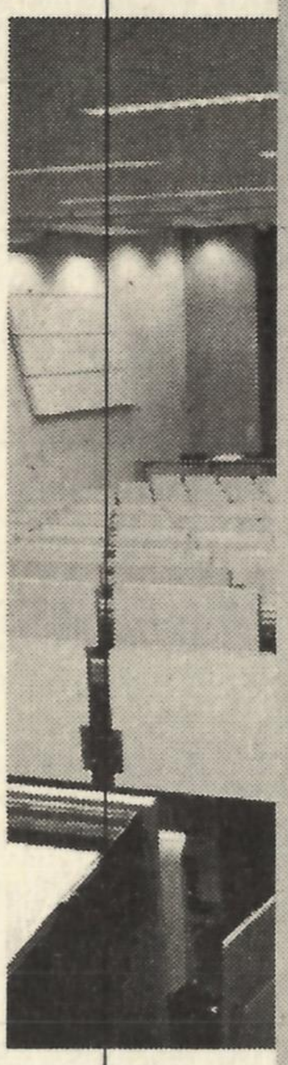
Sie steht unter dem Motto:
„Kriegsverbrecher ergreifen – NS-Opfer entschädigen".

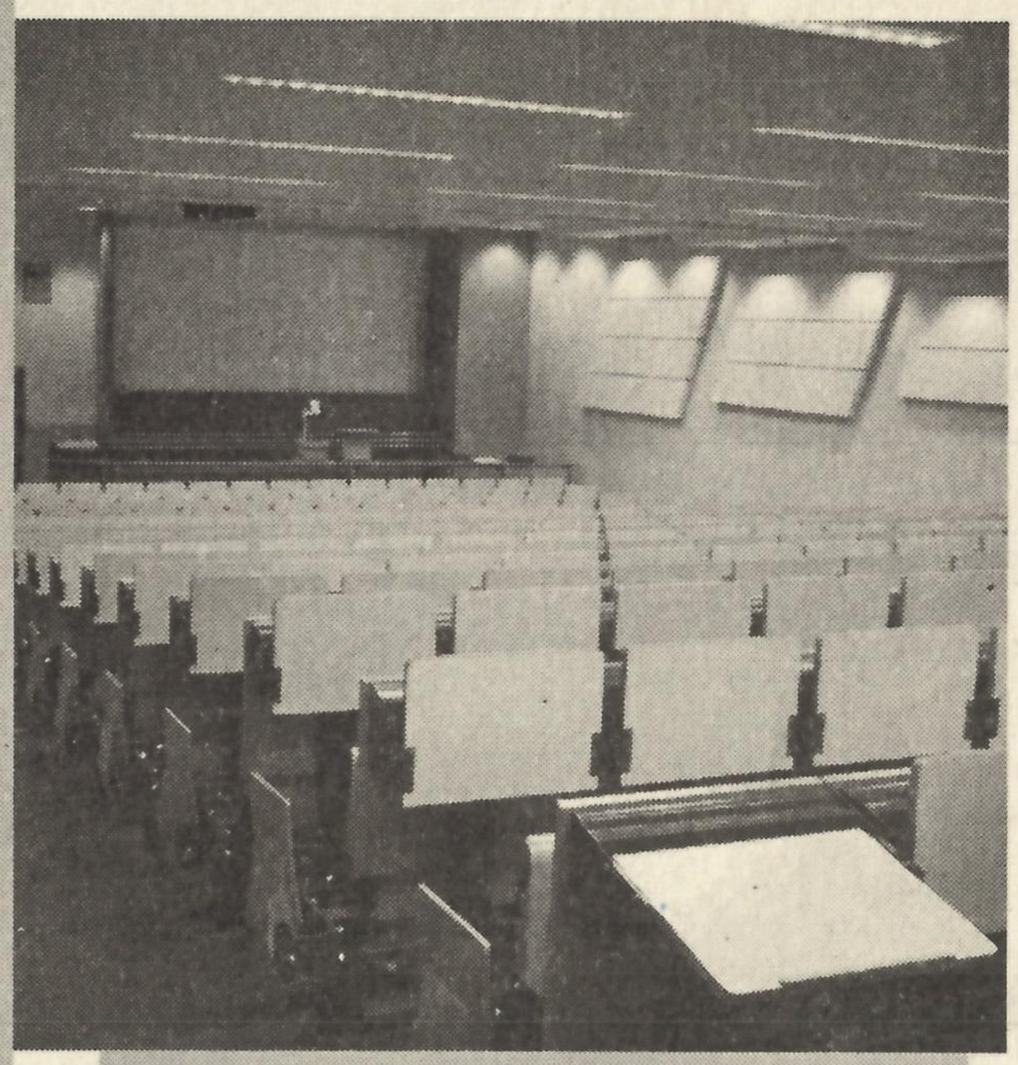
Erwartet werden 500 TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland, darunter Zeitzeugen aus Slowenien, Italien, Österreich und Frankreich. Auftaktkundgebung mit Redebeiträgen, u.a. zum Thema: „Gebirgsjäger, Bergpredigt und die Rolle der Militärseelsorge im Vernichtungskrieg". Zwischenkundgebung am Postkeller", Innsbrucker Straße, zum Thema: „Kriegsverbrechen deutscher Gebirgsjäger".

Abschlusskundgebung am Dekan-Karl-Platz bis 22.00 Uhr mit Wortund Musikbeiträgen. U. a. Gasparazzo (Materiale resistente, Reggio Emilia) Da im Jahr zuvor z.B die Parole „Salminger ist ein Kriegsverbrecher zu polizeilichen Übergriffen und einem Verfahren wegen Beleidigung Verstorbener geführt hat und jede Art der Meinungsäußerung außerhalb des Demonstrationsortes verboten wurde, haben wir fast jede Straßenecke angemeldet. Vorsorglich haben wir bereits folgende Demonstrationselemente angemeldet: Das Fronttransparent wird den Schriftzug „Kriegsverbrecher ergreifen – NS-Opfer entschädigen" tragen. In der zweiten und dritten Reihe des Aufzugs werden Porträts der uns bekannten Kriegsverbrecher aus den Reihen der Gebirgsjäger auf DIN-A2 großen Plakaten getragen werden, die an geeigneten Stöcken befestigt sind. Den Porträts werden den Massakern jeweils zugeordnet sein.

Sonntag, 15. Mai 2005
Ort: Hoher Brendten, Ehrenmal der Gebirgsjäger. Protestantischer Mahn-, Buß- und Reuegottesdienst zum Gedenken an die Opfer deutscher Gebirgstruppen im Zweiten Weltkrieg. Beginn: 9.45 Uhr, Ende: 11.00 Uhr. Ort: Luttensee-Parkplatz Ökumenischer Pfingstgottesdienst (katholisch, evangelisch, griechisch-orthodox), Beginn: 9.00 Uhr, Ende: 12.00 Uhr. Kundgebung Im Gries mit szenischer Lesung zum Massaker der 12./98 unter Salmingers Kommando in Kommeno. Beginn: 13.00 Uhr, Ende: 16.00 Uhr. Straßentheater „Buchstabenballett" auf dem gesamten Obermarkt von 13.00 bis 16.00 Uhr unter dem Motto: „Endlich weg damit!"
Montag, den 16. Mai
Abbau des Camps.

Gammeln mit Anerkennung





Ergebnis der AG „Recht auf Faulheit"

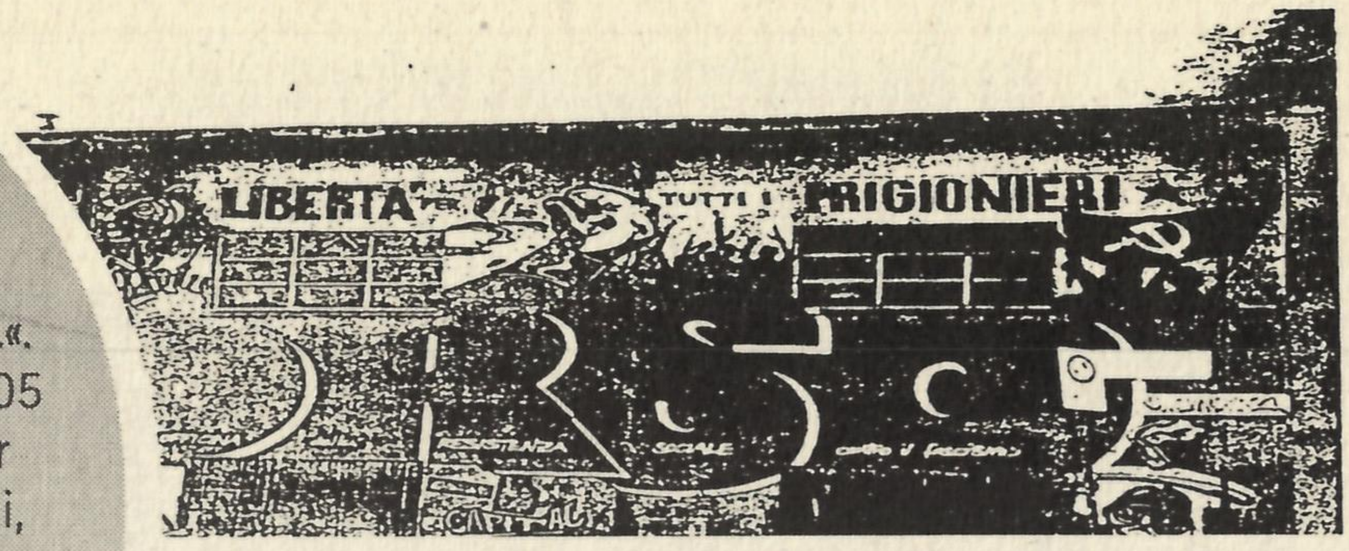
Vom 2. bis zum 6. Juno 1993 fand in Bonn ein studentischer Bildungsgipfel statt. Unter den vielen Arbeitsgruppen gab es eine AG „Recht auf Faulheit", die folgendes Ergebnis produzierte:

„Avanti Spaßgerilja AG„ Recht auf Faulheit"

Wir wollen nicht viel drum herum reden. Wir wollen das System zerschlagen!

Wir-so schützen wir es ein - sind sicherlich eine qualifizierte Minderheil - die bislang jedoch [...] mit ihren Positionen nicht zur Kenntnis genommen worden ist.
Unser primäres Ziel ist es nicht, einen Studienabschluß zu erreichen. Für uns stellt die Hochschule eine formalisierte Rückzugsmöglichkeit vor den Zwängen außerhalb der Hochschule dar, die Mensch mit Brachialgewalt in Lohn-, Hausarbeit und Verwertbarkeit drückt. Für uns ist diese formalisierte Rückzugsmöglichkeit kein Ideal. Sie ist auch nur sehr eingeschränkt vorhanden. Wir haben nur ein taktisches Verhältnis zu dieser Möglichkeit. Wir wollen diese Rückzugsmöglichkeit aber bewahren und ausbauen, solange diese gesellschaftlichen Verhältnisse so sind, wie sie sind.
Viele Leute nutzen diese Rückendeckung aus unterschiedlichen Motivationen:
Außerhalb der Hochschulen gehören 24 Stunden/ Tag dem Kapital. Acht Stunden wird gearbeitet. Die anderen 16 Stunden sind durch die
Arbeit und durch die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit determiniert. Für Frauen gilt dies in noch stärkerem Maße. Die Alternative dazu besteht in einem unbefriedigenden Sozia/hilfedasein und anderen gesellschaftlich geächteten Lebensgestaltungen.
Ein Leben an der Hochschule bietet die Möglichkeit der gesellschaftlichen Ächtung zu entfliehen (Gammeln mit Anerkennung) Es bietet sich die Möglichkeit einer individuelleren Lebensgestaltung als außerhalb der Hochschulen. Fremdbestimmung wird so etwas abgefedert.
Vielfach ist ein Verdrängungsprozeß, der Menschen zu einem Studium motiviert, weil sich diese Studierenden nicht eingestehen wollen, daß sie mit diesem System nicht können. Sie versuchen sich durch ein Studium um eine Entscheidung herumzudrücken, an dem normalen Verwertungsprozeß teilzunehmen oder nicht. Vielfach ist es auch eine politische Motivationfür die Aufnahme eines Studiums.

Das Studium bietet über längere Zeiträume Möglichkeiten, mit einem relativ geringen Zeitbudget für das Jobben neben dem Studium, zeitintensiv politisch tätig zu werden. Eine umfangreiche politische Agitation, als Teil ihrer Lebensplanung, die den politischen Kampf gegen das System als eine Hauptaufgabe definiert, wird durch das Studium möglich. Außerdem bietet die Arbeit in ASten aufgrund der vorhandenen Infrastruktur eine gute Möglichkeit der politischen Agitation.
Die vielen Studierenden mit dieser Motivation werden [...] schlicht ignoriert. Damit ignoriert [ihr] die sozialen Kämpfe, die mit der Hochschule als Waffe. bewußt oder unbewußt geführt werden, indem die Hochschulen funktionalisiert werden, um eigene Bedürfnisse zu leben.
Darum noch ein Appell - nicht an alle - aber an die, die sich noch ansatzweise als linksradikal verstehen:
Hört endlich auf, euch was in die Tasche zu lügen!
Wenn ihr von Studierbarkeit redet und schreibt, setzt ihr voraus, dass es gut ist, schnell fertig zu werden. Das ist es nicht! Die Studierenden, die gammeln und die Arbeiterinnen, die am Fließband Zeitung lesen, sind gegenseitig austauschbar.
Wir wollen mit diesem Aufruf versuchen, [euch] aus dem Trott der Reproduktion des ewig Gleichen bringen. Wir wollen keine fleißigen Systembüttel werden.
Für das Recht auf Faulheit!
Die Hochschulen als Freiraum nutzen und ausbauen!
Das System,.... ihr wißt schon was!"

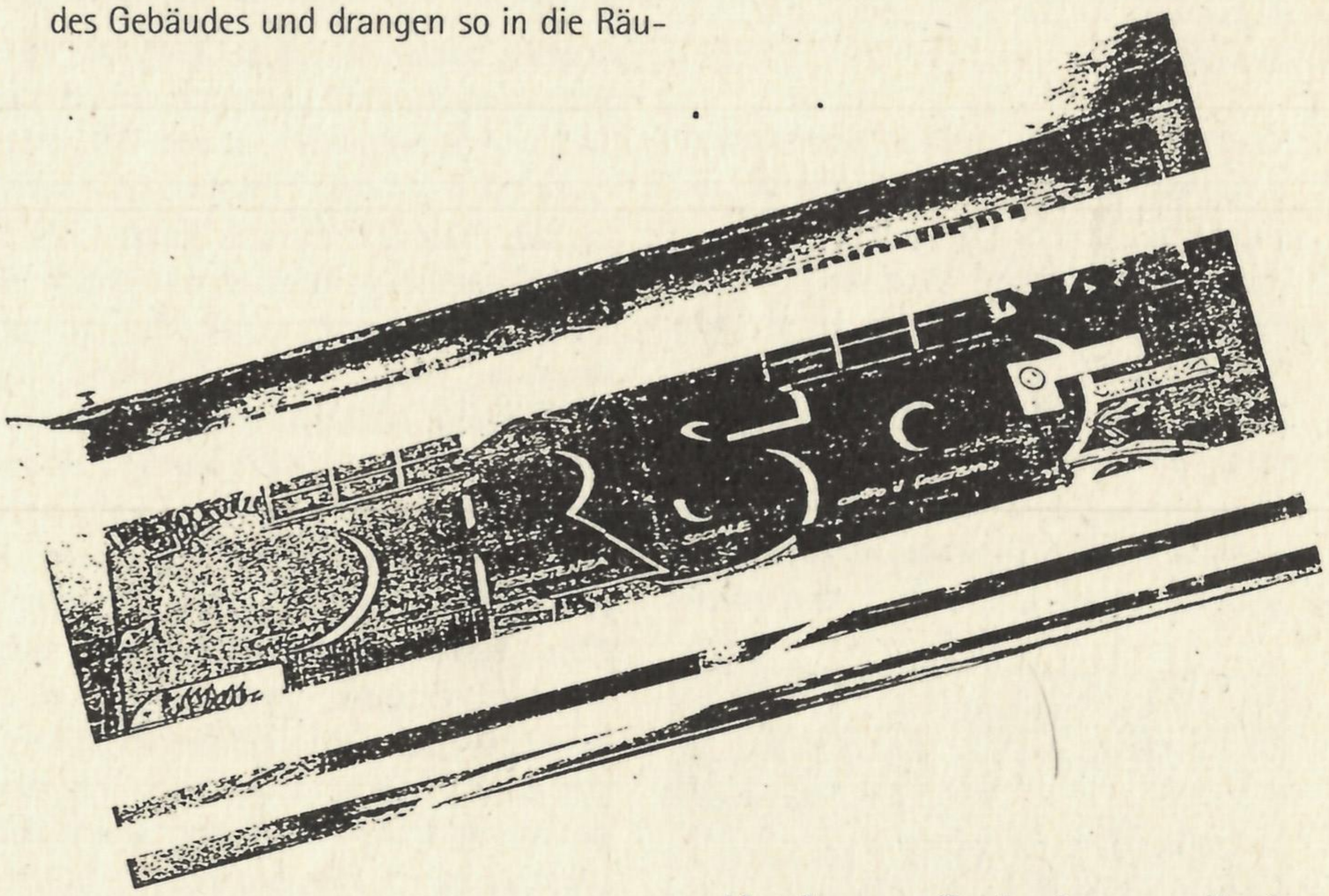


Lombardia/Italia.
Bereits im AIB # 59 berichteten wir über den Mord an dem Mailänder Antifaschisten Davide »Dax« Cesare aus dem centro sociale (cs) »O.R.So.«. Sein Todestag jährt sich am 16. März 2005 zum zweiten Mal. Seit über einem Jahr wird die Linke in der gesamten Lombardei, speziell aber in Mailand, vom stetig anwachsenden Terror der Neonazis bedroht. Hauptziel scheint die Zerstörung der linken Infrastruktur in der Region zu sein - aber auch vor Mord schrecken sie nicht zurück.

ein Beitrag von Vincent Arcangelo
aus dem Antifa Info Blatt #66

Im Gegensatz zu Süditalien, wo die in der Regierung vertretenen Faschisten auf soziale Hegemonie setzen, ist der Norden Schauplatz rechtsterroristischer Angriffe.
Die Kachwehen der militanten Pro-teste gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 nutzte die parlamentarische sowie die außerparlamentarische Rechte in Italien geschickt, um die antagonistische Linke zu torpedieren. Großflächig wurden Ermittlungsverfahren gegen Globalisierungsgegner angestrengt, die in Prozessen zu hohen Strafen verurteilt wurden. Auch losgelöst von den Ereignissen in Genua erreichte die Kriminalisierung der Linken bedrohliche Ausmaße. Hand in Hand mit der staatlichen Repression gehen auch die militanten Neonazis zum Frontalangriff über.
Das »O.R-So.« und dessen Aktivisten stehen dabei im Focus der Angriffe. Dies ist kein Zufall, denn dieses Zentrum steht für konsequente antifaschistische Politik. Den Auftakt der bis dato anhaltenden Angriffe machte ein zunächst unspektakulär wirkender Vorfall.
Am 17. Januar 2004 waren Aktivisten aus dem »O.R.So.« und anderen Mailänder centri sociali auf dem Weg zu einer antifaschistischen Demonstration in Genua. Bei der Abfahrt in Mailand hielten sich zwei Nazis im Zug auf. Ihnen wurden ihre rechten Aufnäher abgenommen und sie mussten am nächsten Bahnhof aussteigen. Umgehend erstatteten sie Anzeige bei der Polizei. Der in Genua für die Antifa-Demo zuständige Einsatzleiter ließ daraufhin alle Demoteilnehmerinnen abfilmen.
Das gewonnene Material wurde dann den Neonazis vorgeführt, die zunächst zwei Personen beschuldigten: Marta und Orlando aus dem O.R.So., die maßgeblich die Rolle der Polizei bei der Ermordung von »Dax« anprangerten. Knapp zwei Monate später wurden Marta und Orlando sowie zwei weitere Genossen, Milo und Frederico, aufgrund der Neonaziaussagen verhaftet. Die Anklage lautete auf Körperverletzung und Raub. Erst im Juli konnten die vier die Haft verlassen und wurden unter Hausarrest gestellt. Als erste wurde Marta im Oktober zu knapp zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Die anderen Urteile stehen noch aus.
Eine Gruppe von 15 Neonazi-Skins zog am 20. April durch das in Mailand als linkes Viertel bekannte »Ticinese«.
Als ein Aktivist des »O.R.So.« zufällig den Weg der Gruppe kreuzte, gingen die Neonazis sofort zum Angriff über. Er erlitt Stich-und Schnittwunden am Bein. Vier Tage spater kam es in Bergamo zu einem ähnlichen Vorfall, an dem ebenfalls ca. 15 Neonazis beteiligt waren. In der Nacht des 2./3. Juni verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das c.s. »La Sede« in Vigevano, nahe Mailand, welches fast vollständig zerstört wurde. Das Zentrum hatte sich stark in der Freilassungs-kampagne für die vier Antifas engagiert.
Ende August griffen etwa 15 Neo-Nazis eine Gruppe von Linken aus dem c.s. »Paci Paciana« in Bergamo wiederum mit Messern an. Dabei wurden drei Genossen verletzt. Eine Person erlitt einen Messerstich direkt neben dem Herzen und überlebte nur durch Zufall. Knapp eine Woche später, am 6. August, kam es erneut zu einem Überfall auf Antifas in »Ticinese«. In einer linken Kneipe tauchten zwei Neonazis auf und pöbelten Gäste an. Der Wirt bat im nahe gelegenen c.s. »Conchetta/Cox 18« um Hilfe. Als die Antifas eintrafen, flüchteten die Neo-Nazis in eine kleine, schlecht beleuchtete Seitenstrasse. Dort warteten bereits ca. 25 weitere Neonaziskins mit gezückten Messern. Innerhalb

kurzer Zeit erlitten sechs Antifas schwerste Verletzungen. Eine Person lag für mehrere Tage im Koma und schwebte in Lebensgefahr. Es handelte sich um eine sorgsam geplante Falle, was auch daran deutlich wird, dass ein älterer Neonazi die Aktion leitete. Bei dem Angriff verlor Stefano del Miglio, ein Kader der neonazistischen »Skinheads Milano«, seinen Ausweis. Er wurde einige Tage später auf einem Zeltplatz in der Toscana verhaftet. Zudem wurden noch zwei weitere Neonazis festge-
In der Nacht auf den 15. August verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das c.s. »Cantiere« in Mailand. Es entstand nur geringer Sachschaden. Am nächsten Abend nahm die Polizei drei Neonaziskins in flagranti fest, als sie einen Anschlag auf das c.s. »Victoria« durchführen wollten.
In Bergamo brannte am 20./21. Dezember das c.s. »Paci Paciana« ab. Die Nazis zerstörten alle elektronischen Geräte und setzten dann die Räume mit Benzin in Brand. Sie hinterließen einen Vorschlaghammer. Im Mailänder »O.R.So.« wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar 2005 Feuer gelegt. Weite Teile des Gebäudes wurden dabei zerstört. Obwohl auch hier ein Vorschlaghammer gefunden wurde und es zwei Brandherde gab, wurde der politische Hintergrund ignoriert und die Polizei geht unbeirrt von einem Kurzschluss aus.
Am 22. Januar organisierte die »Fronte Nazionale« in Brescia einen Büchertisch mit rechtsextremer Propaganda. Als sich ein vom c.s. »Magazzino47« organisierter Protestzug auf den Büchertisch zu bewegte, stürmten die Nazis mit Knüppeln bewaffnet auf die Teilnehmer los, mussten je-doch im Verlauf der Auseinandersetzung den Rückzug antreten. Als Racheakt wurde zwei Tage später das »Magazzino47« in Brand gesteckt und zerstört.
Am 28. Februar 2005 wurde ein Wahlwerbestand der »Alleanza Nazionale« in Mailand angegriffen und teilweise zerstört. In diesem Zusammenhang wurde Daniele A.. ein Aktivist des c.s. »Vittoria«, festgenommen. Er wurde in einem Schnellverfahren zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen der mutmaßlichen Beteiligung von Daniele verübten Anfang März Neonazis einen Anschlag auf das »Vittoria«. Sie schlugen wiederum mit einem Vorschlaghammer ein großes Loch in die Rückwand des Gebäudes und drangen so in die Räume ein. Auch hier zerstörten sie zunächst alle elektronischen Geräte und setzten dann das Zentrum in Brand. Auch das »Vittoria« brannte vollständig aus.
Bereits in den 70er und 80er Jahren war Norditalien Ziel von neofaschistischen Terroranschlägen. Heute gilt es als sicher, dass die rechtsextremen Akteure mit Unterstützung von Geheimdiensten und Polizei agierten. Nur in Italien selbst wird dieses vehement abgestritten. Dieser Logik folgend wurden erst im letzten Jahr die Verantwortlichen für den neofaschistischen Bombenanschlag vom 12. Dezember 1982 an der Piazza Fontana/Mailand endgültig freigesprochen. Auch jetzt liegt die Vermutung nahe, dass die Neonazis zumindest mit Duldung der staatlichen Organe ihr Unwesen treiben. Die Unergiebigkeit der Ermittlungen, die Verleugnung eines Zusammenhangs zwischen den einzelnen Angriffen sowie das Abstreiten eines politischen Hintergrundes der Anschläge sprechen wohl für sich.



*keinen Schritt zurück

passo indietro

Kriegsvorbereitungen in Venezuela

Harald Neuber 15.04.2005

Die linksnationale Regierung von Hugo Chávez opponiert gegen die US-Politik in LateinamerikaDas Verhältnis zwischen der venezolanischen Regierung und den USA verschlechtert sich zusehends. Nach einer Reihe verbaler Attacken aus Washington gingen ranghohe Vertreter der „bolivarianischen Revolution" während einer Großdemonstration aus Anlass des dritten Jahrestages der Niederschlagung eines Putschversuches gegen Präsident Hugo Chávez (*„Chávez wieder an der Macht"*1) mit der Bush-Regierung Mitte der Woche hart ins Gericht.

Nachdem sich die rechten Oppositionsgruppen im Land weitgehend ins politische Abseits manövriert haben, so Vizepräsident José Vicente, sei US-Präsident George W. Bush als „letzter Oppositioneller" übrig. Auch Präsident Chávez hielt sich im Urteil über die USA nicht zurück: Lateinamerika hat sich lange genug dem Freihandel und den neoliberalen Programmen Washingtons gebeugt. Nun ist es Zeit, ein neues Kapitel in der Geschichte aufzuschlagen. Hugo Chávez am Mittwoch während der Gedenkveranstaltung zum Scheitern des PutschesDoch nicht nur die politischen Differenzen haben zwischen beiden Regierungen zugenommen. Die venezolanische Staatsführung wirft den USA nach wie vor eine direkte Teilhabe an dem Putschversuch im April 2002 vor. Tatsächlich hatten sich Mitglieder der zivil-militärischen Junta kurz vor und während des Putsches mit Charles Shapiro, dem US-Botschafter in Caracas, getroffen *(„Die (nicht so) verdeckte US-Intervention in Venezuela"2).* Weder von Shapiro noch von Washington sind diese Kontakte je aufgeklärt worden. Gerüchte ranken sich seit dem Putschversuch auch um die Präsenz mehrerer Kriegsschiffe der US-Marine vor den venezolanischen Gewässern. Venezuelas Regierung vermutet, dass von den Schiffen aus militärische Aufklärungsarbeit für die Putschisten geleistet wurde. Hugo Chávez war am 11. April 2002 von rechten Militärs aus dem Präsidentenpalast Miraflores verschleppt worden. Wenig später übernahm eine Junta aus Militärs, Oppositionspolitikern und Vertretern von Unternehmerverbänden die Macht *(„Der zweite Sturz von Bolívar"3).* Schon am 13. April wurde der Umsturz von regierungstreuen Militärs und spontanen Massenprotesten jedoch niedergerungen.

Radikalisierung der „bolivarianischen Revolution"

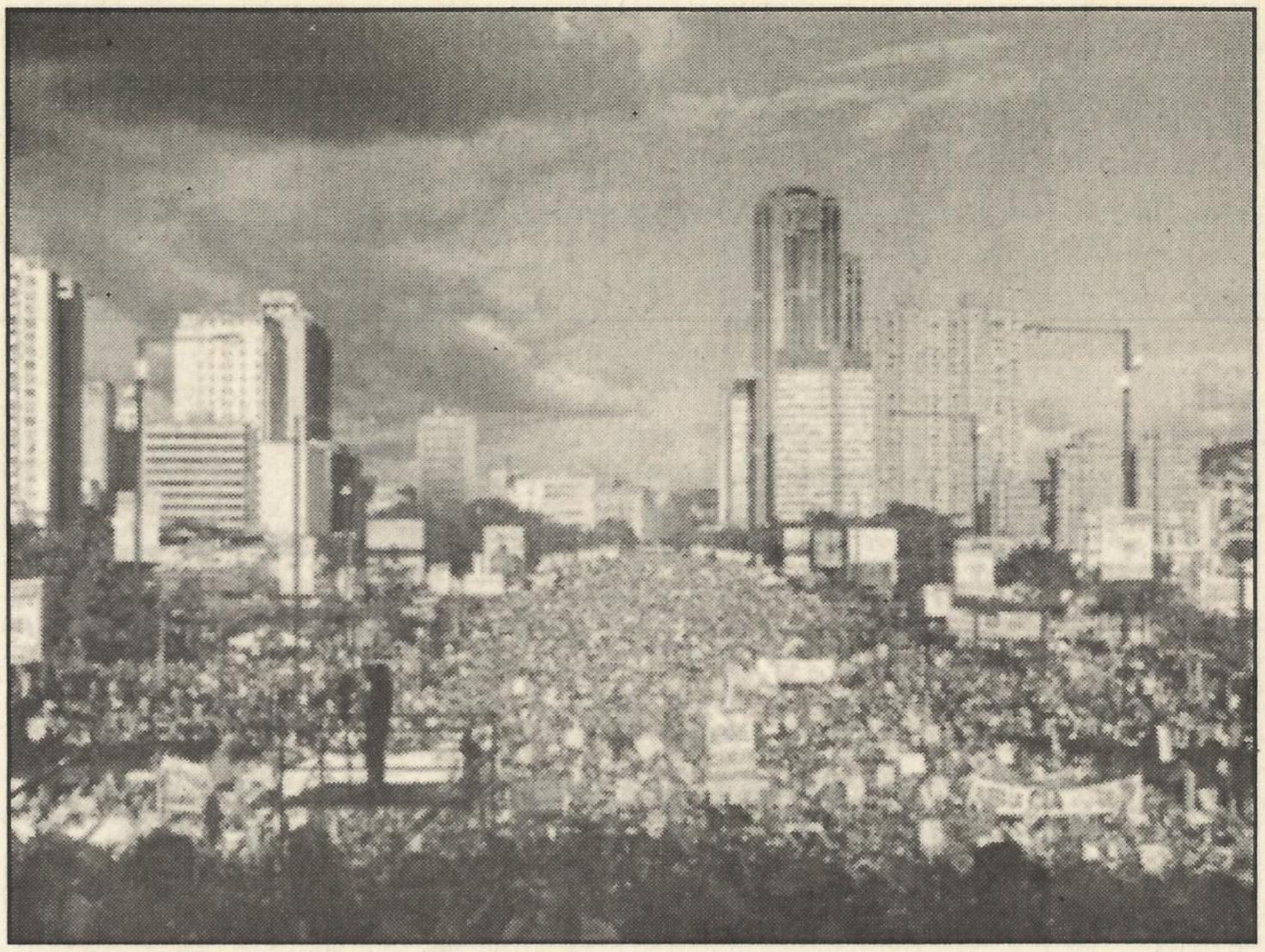
Die US-Regierung sieht sich in Venezuela gleich mehreren Problemen gegenüber. Zum einen hat sich die „bolivarianische Revolution" in den vergangenen Jahren zunehmend radikalisiert. Während Hugo Chávez nach seiner ersten Amtszeit Anfang 1998 noch den „dritten Weg" des britischen Premierministers Anthony Blair als Vorbild nannte, wird in Venezuela inzwischen die Entwicklung eines „Sozialismus für das 21. Jahrhundert" debattiert. Ein entsprechendes Konzept hatte Chávez während des vergangenen Sozialforums in Porto Alegre (Brasilien) vorgestellt. Neben dieser politischen Entwicklung verfolgt die Chávez-Regierung zusehends eine eigenständige Erdölpolitik. Während der Veranstaltungen zum Jahrestag des Putschversuches etwa kündigte Chávez eine neue Besteuerung der transnationalen Konzerne an, die im Laufe der neunziger Jahre auf den venezolanischen Markt vorgedrungen sind. Nach Angaben der staatlichen Ölgesellschaft PdVSA bedeuten 16 der 33 Verträge aus dieser Zeit ein Verlustgeschäft für das Land, weil die ausländischen Privatkonzerne keine Steuern zahlen und weitere Vergünstigungen zugestanden bekommen haben. Venezuela hat die Privatisierungen und Marktliberalisierung im Erdölgeschäft als erster lateinamerikanischer Staat revidiert. Inzwischen werden entsprechende Schritte auch in Argentinien, Bolivien und Mexiko diskutiert. Und schließlich treffen bei der US-Regierung die engen Kontakte Chávez' zur kubanischen Regierung auf Kritik. Beide Staaten haben ein Abkommen geschlossen, wonach Kuba Erdöl erhält und im Gegenzug Ärzte und Medikamente für die Sozialprogramme entsendet, die von der Chávez-Regierung

für die Armenviertel des Landes ins Leben gerufen wurden. Auch organisieren beide Regierungen eine neue Politik gegen den US-dominierten Freihandel in der Region. Auf das US-Freihandelsabkommen ALCA, die „Gesamtamerikanische Freihandelszone", reagierte Chávez kurzerhand mit ALBA, einer „Bolivarianischen Allianz für Lateinamerika". Chávez Konzept setzt auf eine regionale Integration der lateinamerikanischen Staaten untereinander. Die USA würden „nur" als gleichberechtigter Handelspartner angenommen werden.

Rice: Venezuela „ein echtes Problem"

Es ist also wenig verwunderlich, dass sich die US-Regierung immer offener gegen die Entwicklung in Venezuela stellt. Nachdem Außenministerin Condoleezza Rice Kuba unlängst als „Vorposten der Tyrannei" bezeichnete, griff sie auch Venezuela an *(„Neue Spuren von einem entfernten Verwandten"4)*: „Er (Hugo Chávez) wird seine Kontakte zu Fidel Castro ausbauen, und ihm so eine letzte Chance geben, die politischen Geschicke Lateinamerikas zu beeinflussen." Condoleezza Rice im Interview mit der Tageszeitung Pittsburgh Tribune

Gegenüber der Organisation Amerikanischer Staaten drängte die US-Außenministerin darauf, Chávez Einfluss einzudämmen. Es gehe darum, so Rice, „gegen Staatschefs vorzugehen, die nicht demokratisch regieren, auch wenn sie demokratisch gewählt wurden". Die Länder der Region sollten die venezolanische Regierung „überwachen und isolieren". Bislang blieben solche Aufrufe aber ohne Resultat. Ganz im Gegenteil stellte sich der brasilianische Präsident Luis Inacio da Silva bei einem Gipfelreffen vor wenigen Wochen offen hinter Chávez. Unterstützung für die „bolivarianische" Regierung gibt es auch aus Argentinien – und Spanien. Aus dieser gestärkten Position heraus wurden von der Regierung in Caracas in den vergangenen Monaten eine Reihe zentraler Reformprojekte auf den Weg gebracht, unter anderem eine umfassende Landreform. Ein vergleichbares Projekt hatte 1954 – unter massiver Beteiligung der USA - zum Sturz der linksnationalistischen Regierung in Guatemala geführt. So konnte es dann auch nicht erstaunen, dass der amtierende CIA-Chef Porter Goss Venezuela unlängst als „potentiellen Arbeitschwerpunkt" 2005 bezeichnete.



Reservisten und neue Waffen

Die venezolanische Regierung schließt inzwischen einen Militärschlag der USA gegen ihr Land nicht mehr aus. Auch wenn der Generalstabschef der USA, General Richard B. Myers, entsprechende Befürchtungen am vergangenen Montag in Bogotá als „absurd" abtat, rüstet Caracas auf. Nach dem Kauf von 100.000 Schnellfeuergewehren, 44 Helikoptern und 50 Mig-29-Kampfflugzeugen in Russland wurde Ende März ein Rüstungsgeschäft mit Spanien unterzeichnet: ein Dutzend Transportflugzeuge und acht Patrouillenboote bestellte Chávez in Madrid. Im Zentrum der militärischen Strategie Venezuelas aber steht die neue Militärdoktrin, die auf eine „asymmetrische Kriegsführung" fußt. Per definitionem wird dabei von „Kampfhandlungen mit einem technisch überlegenen Feind" ausgegangen. Das Reservistenheer von bisher 80.000 Soldaten wird in einem langfristig angelegten Ausbildungsprogramm derzeit auf eine Gesamtstärke von 1,5 Millionen ausgeweitet. 30.000 zusätzliche Reservesoldaten, Frauen und Männer, wurden bereits vereidigt. Außenminister Ali Rodríguez erklärte diese Strategie mit dem Umstand, dass seine Regierung die Kritik aus den USA ob ihrer Absurdität nicht im geringsten stören würde, „wenn nicht zahlreiche Erfahrungen belegten, dass entsprechenden Anschuldigungen früher oder später militärische Aktionen folgten. Eben das ist mit (dem chilenischen Präsidenten Salvador) Allende geschehen, und das konnten wir in der Dominikanischen Republik, Guatemala und zahlreichen weiteren Staaten beobachten." Aus eben diesem Grund würde die venezolanische Regierung auch Informationen über Mordpläne gegen Chávez ernst nehmen. „Mordpläne gegen einen Präsidenten", so Rodríguez, „der in demokratischen Wahlen mehrmals bestätigt wurde".

Links

(1) http://www.telepolis.de/r4/artikel/12/12313/1.html
(2) http://www.telepolis.de/r4/artikel/18/18702/1.html
(3) http://www.telepolis.de/r4/artikel/12/12305/1.html
(4) http://www.telepolis.de/r4/artikel/19/19268/1.html
(5) http://www.telepolis.de/r4/artikel/19/19423/1.html

Algerien in den ersten Wochen 2005:
Soziale Revolten, Streiks und Repression (2)

Bericht von Bernhard Schmid (Paris)

Dagegen riefen rechte Studentenvereinigungen wie die UGEL, die der an der Regierungskoalition beteiligten, „moderaten" islamistischen Partei MSP-Hamas nahe steht, zum „Boykott" der Streikbewegung auf. Aus der rechten Ecke und von offizieller Seite her machte man viele Studenten glauben, es handele sich um „ein Problem der Kabylen (Berber)", um auf diese Weise Ressentiments und Spannungen zwischen „Arabern" und „Berbern" zu provozieren und für Entsolidarisierung zu sorgen. Aus diesem Grund schlossen sich viele der nicht im Wohnheim lebenden, auswärtigen Studierenden der Solidaritätsbewegung nicht an.

Doch in der Nacht von Montag auf Dienstag (11. Januar) räumte ein Großaufgebot von Polizei die besetzten Universitätsgebäude. Normalerweise darf die Polizei rechtlich nicht auf den Campus vordringen, da dieser eine Art Autonomiestatut (franchises universitaires) genießt. Doch in diesem Falle hatte die Verwaltung nach den Ordnungskräften gerufen, angeblich weil studierwillige Studenten am Arbeiten gehindert würden. 22 männliche und 2 weibliche Studierende wurden festgenommen, unter ihnen auch vier Angehörige einer Solidaritätsdelegation aus Tizi-Ouzou (Bezirkshauptstadt in der Berberregion Kabylei, und in den letzten Jahrzehnten häufiger Zentrum kämpferischer Studentenbewegungen, seitdem an der dortigen Universität im April 1980 der „berberische Frühling" ausbrach). 20 von ihnen wurden bis am übernächsten Tag freigelassen, aber ein Strafverfahren kann im Prinzip jederzeit gegen sie eingeleitet werden; zwei blieben in Polizeigewahrsam und wurden in eine Haftanstalt überstellt. Am 12. Januar demonstrierten mehrere tausend Studierende in Algier gegen die Repression und für die Solidarität mit den Eingesperrten [9] . Fast die gesamte Presse zeigte sich ebenfalls solidarisch.

Aber auch gegen Streikbewegungen von abhängig Beschäftigten und Arbeitsniederlegungen wird in den jüngsten Monaten immer öfter die Justiz bemüht, um sie für illegal erklären zu lassen. Der algerische Ministerrat hatte am 20. Oktober 2004 den Beschluss gefasst, künftig „nicht rechtskonforme" Streiks und ihre einzelnen Teilnehmer systematisch gerichtlich zu verfolgen. Nur drei Tage nach diesem Kabinettsbeschluss erfolgte auch bereits ein entsprechender Gerichtsentscheid, den das Gesundheitsministerium gegen den Ausstand der Krankenhausärzte angestrengt hatte. Ab dem 18. Oktober 2004 hatten die Mediziner im öffentlichen Gesundheitssystem die Arbeit niedergelegt, es ging um Lohnforderungen und gegen die Sparpolitik im Gesundheitsbetrieb. Doch am 23. Oktober 04 untersagte ein Gericht in Hussein-Dey (einem Stadtteil von Algier) die Fortführung des Ausstands, den die autonome Gewerkschaft der Krankenhausärzte SNPSSP organisiert hatte und der daraufhin abgebrochen werden musste. Aber am 12. Januar 05 annullierte die algerische Justiz die damalige Verbotsverfügung: Das Gericht von Hussein-Dey, so befand der Gerichtshof von Algier, sei dafür nicht zuständig gewesen. Das Urteil wurde also aufgrund von Formmängeln kassiert, in der Sache selbst ist hinsichtlich der Recht- oder Unrechtmäßigkeit des damaligen Streiks noch nicht entschieden worden [10] . Eine Wiederaufnahme des Ausstands in nächster Zukunft erscheint im Augenblick eher unwahrscheinlich.

So sollte beispielsweise am 9. und 10. Januar 05 ein Ausstand der Lehrer/innen an Oberschulen in 46 von insgesamt 48 wilayat (Verwaltungsbezirken) Algeriens stattfinden. Die Streikbewegung sollte durch die autonome (d.h. außerhalb des Dachverbands UGTA stehende) Lehrergewerkschaft CNAPEST organisiert wird; einen entsprechenden Beschluss hatten die Delegierten von 60.000 Lehrern und Lehrerinnen am 25. Dezember gefasst. Das Kürzel der Organisation steht für ‚Conseil national autonome des professeurs de l'enseignement secondaire et du technique' (Autonomer landesweiter Rat der Lehrer an Oberstufen- und Berufsschulen). Der Hauptgrund für den vorgesehenen Ausstand waren die Nichteinhaltung im vorigen Jahr gegebener Versprechungen, es ging u.a. um die Bezahlung von Überstunden der Lehrer/innen. Ferner ging es aber auch explizit darum, das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Betätigung anerkennen zu lassen, und zwar auch für die nicht dem Dachverband UGTA – der vor dem Ende des Einparteienstaats 1988/89 die Staatsgewerkschaft und den „Transmissionsriemen" der Einheitspartei FLN bildete – angehörenden Zusammenschlüsse von Beschäftigten. Das Recht auf „gewerkschaftlichen Pluralismus" ist in Algerien theoretisch seit 1990 anerkannt und im Gesetz verankert. Doch in der Praxis tut die Staatsmacht (trotz Ermahnungen durch die ILO) fast alles, um den Dachverband UGTA als Ansprech- und „Sozialpartner" zu bevorzugen.

Doch die Justiz erklärte den Ausstand bereits vorab für illegal. Insbesondere deswegen, weil der CNAPEST nicht dazu berufen sei, eine gewerkschaftliche Aufgabe wie die Organisierung von Streiks wahrzunehmen. Anders als in Frankreich benötigt ein Streik, um durch die Justiz als rechtmäßig anerkannt zu werden, in Algerien im Prinzip eine gewerkschaftliche Unterstützung.

Der CNAPEST hatte bereits zuvor einen Antrag auf offizielle Zulassung als Gewerkschaft gestellt, der jedoch vom Arbeitsministerium wegen angeblicher Formmängel abgelehnt wurde. Daraufhin hatte der ‚Autonome Rat...' die vorgeblichen Mängel in seinen Statuten korrigiert; so ist dort nun nicht mehr die Rede von der Organisierung von „Streiks", sondern (wie vom Ministerium gefordert) nur noch von „Arbeitsniederlegungen". Und der Paragraph, der vorsah, dass im Falle einer Auflösung der Gewerkschaft ihre Güter an „associations (Vereine und Initiativen)" vermacht werden sollen, wurde um das Wörtchen „zugelassene Association" ergänzt, wie es das Ministerium ebenfalls verlangt hatte. Der neue Antrag wurde am 22. November 04 gestellt, blieb aber ohne Antwort.

Am 6. Januar 05 fiel eine Eilentscheidung

Am 6. Januar 05 fiel eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts von Algier, das den drei Tage später geplanten Ausstand per Einstweiliger Verfügung verbot. Bereits in den Tagen zuvor hatte der algerische Bildungsminister Boubekeur Benbouzid in einer Verwaltungsanordnung an seine untergebenen Dienststellen im ganzen Land angeordnet, in dem Fall, dass es zu dem Ausstand komme, den Streikteilnehmern Anteile von ihrem Lohn abzuziehen und die Beteiligten gerichtlich zu verfolgen [11] . Dem CNAPEST blieb nichts anderes übrig, als den geplanten Streik abzusagen – nicht ohne nunmehr seinerseits die Justiz anzurufen, aber auch die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) wegen Nichtrespekt der gewerkschaftlichen Rechte.

Unterstützung erhielt der vor allem außerhalb von Algier in verschiedenen Städten des Landes vertretene CNAPEST vom ebenfalls autonomen „Rat der Oberschulen von Algier" (CLA, Conseil autonomes des lycées d'Alger). Beim CLA handelt es sich um eine dezidiert linke Basisgewerkschaft, die derzeit nur Lehrer/innen im Hauptstadtbezirk Algier organisiert; sein Wortführer ist der unabhängige Marxist Redouane Osmane (auch Othmane geschrieben, je nach Transkription aus dem Arabischen). CLA und CNAPEST hatten von September bis Dezember 2003 zusammen einen drei Monate andauernden, „harten" Lehrerstreik angeführt. Damals ging es vor allem um Lohnerhöhungen, mit der Hauptforderung nach einer Anhebung der Lehrergehälter um – 100 Prozent. Hintergrund dafür ist, dass (laut Redouane Osmane) ein Oberstufenlehrer 1990 noch circa das Fünffache des gesetzlichen Mindestlohns SNMG verdiente, 2003 aber nur noch das 1,8-fache infolge eines Jahrzehnts sozialer Regression. Deshalb gäben viele Lehrer/innen außerhalb der regulären Unterrichtsstunden noch Privat- oder Nachhilfestunden, um materiell überleben zu können, da ein Lehrergehalt in der Familie (wenn kein/e arbeitende/r Partner/in vorhanden ist) heute in Algier kaum ausreicht, Wohnungs- und Lebenshaltungskosten zu finanzieren. Redouane Osmane etwa lebt, im Alter von bald 50 Jahren, deswegen bei seiner Mutter. Das genannte Phänomen führte aber dazu, dass der kollektive Schulunterricht immer bedeutungs- und niveauloser wird und viele Lehrer/innen notgedrungen versuchen, sich vor allem auf den Privatunterricht zu konzentrieren. Ergebnis der Streikbewegung vom Herbst 2003 war, dass die Lehrerlöhne tatsächlich um 5.000 Dinar oder 50 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns angehoben wurden. Aber auch, dass Mitglieder von CLA und CNAPEST gerichtlich verfolgt und, in zunächst 200 bis 300 Fällen, aus dem Schuldienst entlassen wurden. Das Protokoll zum Streikende vom 7. Dezember 03 sieht dann aber die Rücknahme der Entlassungen vor. Der CLA hatte den Streik innerhalb der Hauptstadt Algier angeführt, der CNAPEST in den übrigen Städten. Einen Zusammenschluss zu einer einheitlichen Organisation lehnte der linke CLA damals ab, da er befürchtete, darin einige progressive „Eigenheiten" aufgrund der konservativeren Praktiken in der „Provinz" zu verlieren. So sind 60 Prozent der Delegierten des CLA, bei dem eine ständige Ämterrotation praktiziert wird, Frauen. (Interview des Autors mit Redouane Osmane, 6. Mai 2004)

In der jüngsten Affäre um den gerichtlich annullierten Streik ging vor allem der hauptstädtische CLA schnell in die Offensive. Er ergriff die Initiative zu einem (nicht angemeldeten) Sit-in vor dem Rektorat von Algier am 10. Januar, das eine halbe Stunde lang für einen Stau auf der Avenue Mohammed V sorgte und dann unter dem Druck der (friedlich bleibenden) Polizei in Ruhe aufgelöst wurde. Daran nahmen etwa 50 bis 100 AktivistInnen teil [12] . Der CLA schlägt ferner vor, einen Streiktag zu den Fragen des Gewerkschafts- und Streikrechts zu organisieren. Auch die, ebenfalls autonome und eher linke, Hochschullehrergewerkschaft CNES, die seit längerem an den Universitäten aktiv ist, scheint dafür aufgeschlossen zu sein.

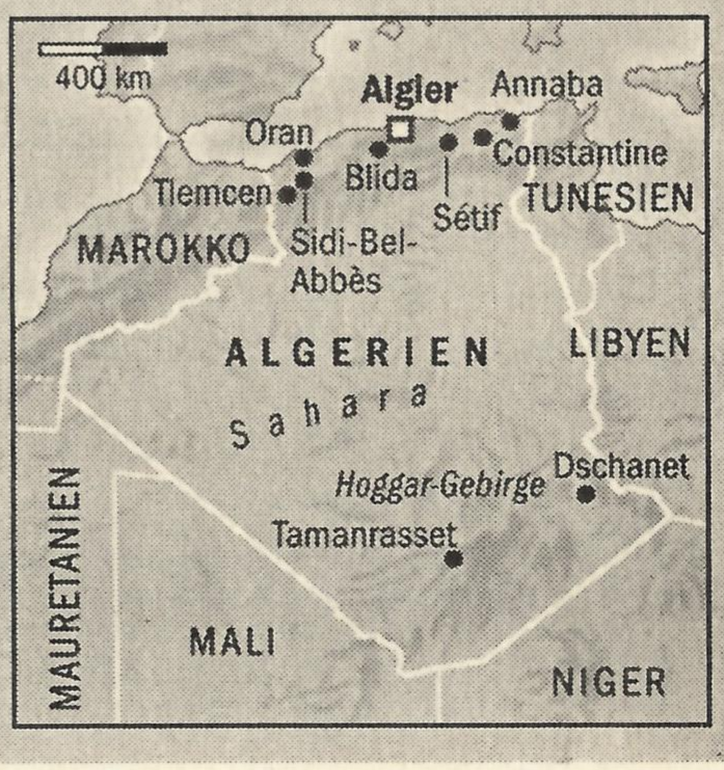
Diese autonomen Gewerkschaftsorganisationen sind auch in einem „Landesweiten Rat für gewerkschaftliche Freiheiten" (CNLS) zusammen geschlossen. Neben den progressiven autonomen (Basis-)Gewerkschaften à la CLA oder CNES sind allerdings nicht alle außerhalb der UGTA stehenden Organisationen auch kämpferisch und fortschrittlich. Unter den Lehrern und sonstigen Staatsbediensteten gibt es weitere Gewerkschaften (SATEF, CNAPAST, ..), die zwar dem bürokratischen Apparat der UGTA „entfliehen" wollen, aber ansonsten oftmals ein eher moderates bis gelbes Profil aufweisen.

Riots für Sozialwohnungen

Neben den mehr oder minder gewerkschaftlich organisierten Streikbewegungen bilden die „émeutes", also jene Mischung aus Elendsrevolte und Bürgerbewegung, eine typische Protestform im Algerien der letzten Jahre. Ähnlich wie die jüngsten Unruhen aufgrund der Erhöhung der Gas- und Treibstoffpreise (siehe oben) kam es so in den letzten Jahren zu einer Fülle spontaner, aber zumeist räumlich begrenzter Unruhen. Ihre charakteristischen Merkmale sind die Abwesenheit einer längerfristigen Organisierung und eines strukturierten, „politischen" Diskurses, ihr lokaler Charakter und ihr meist sponates und eruptionsartiges Anschwellen. Ihre Ursache ist die flagrante Nichtbefriedung eines oder mehrerer, elementarer sozialer Bedürfnisse. Aber den Anlass können vielfältige Ereignisse, wie auch mitunter Gerüchte, liefern.

Eine Sonderstellung nehmen die Riots aus Anlass der Vergabe von Sozialwohnungen ein, die in Algerien seit dem Jahr 2000 zum chronischen Dauerzustand geworden sind. Ursprünglich brechen diese lokalen Unruhen meist aus, wenn die Liste mit den Namen der Empfänger staatlich zugeteilte Sozialwohnungen errichtet wird. Oftmals gibt es dabei auch einen guten Grund, denn in häufigen Fällen finden sich tatsächlich „nicht wirklich" oder jedenfalls nicht vorrangig Bedürftige auf diesen Listen – der Cousin dieses oder die Tochter jenes Kommunalparlamentariers, oder der Bekannte vom Vetter vom... Dabei ist diese Dynamik mittlerweile aber zum Selbstläufer geworden, denn es ist in vielen Kommunen mithin schlechterdings unmöglich geworden, überhaupt noch mit öffentlichen Mitteln errichtete Sozialwohnungen zu verteilen: Wenn es im Durchschnitt 100 „Angebote" und 8.000 Anträge von Bedürftigen gibt, dann existiert schlechthin keine Lösung, die zumindest einer relevanten Anzahl unter den Beteiligten als halbwegs gerecht erscheinen könnte. Eine Mehrheit von Betroffenen wird sich stets benachteiligt fühlen. Bei diesem Verhältnis von Bedarf und zur Verfügung stehenden Sozialwohnraum wird jede Verteilung als Lotterie erscheinen müssen.

Zuletzt kam es deswegen im Dezember zu heftigen Unruhen in El-Kerma, im Hinterland der westalgerischen Metropole Oran. Anscheinend war tatsächlich auch Vetternwirtschaft seitens der beteiligten Kommunalparlamentarier im Spiel. Zunächst protestierten die abgewiesenen Antragsteller für staatlich erbaute



Sozialwohnungen, deren Anträge teilweise auf den Tod des Präsidenten Houari Boumedienne zurückgehen (und der starb im Dezember 1978), vor und im Rathaus. Als das nichts fruchtete, zogen sie los und blockierten die Überlandstraßen und brennenden Autoreifen. Der Wali (Präfekt) der Regionalmetropole Oran musste schließlich schlichten und versprechen, eine Überprüfung der im Rathaus ausgehängten Listen durch eine Schiedskommission werde stattfinden. Doch am 12. Dezember kam es zur Eskalation, nachdem die „Aufrührer" – deren Profil einem Querschnitt aus der örtlichen Bevölkerung entsprechen dürfte – nunmehr den Rücktritt des Bürgermeisters und des gesamten Kommunalparlaments wegen Korruption und Vorzugswirtschaft forderten. Die Protestierer, vor allem die jüngeren unter ihnen, lieferten sich ein paar Stunden lang Straßenschlachten mit den Polizeikräften und der herbei gerufenen Verstärkung. Der Innenminister in Algier, Yazid Zerhouni, hatte nach unbestätigten Angaben bis dahin persönlich angeordnet, die ursprüngliche Liste zur Verteilung der Sozialwohnungen zu annullieren [13] . Derzeit ist die Neuuntersuchung noch beim Bezirksparlament in Oran anhängig, doch einige Bürger glauben nicht mehr an eine gerechtere Lösung und sprechen etwa von einem Offizier, der um jeden Preis sein Töchterlein auf der Liste der BezieherInnen der umstrittenen Sozialwohnungen halten wolle.

Anlässlich der Ereignisse von El-Kerma wurden auch eine Reihe von Festnahmen vorgenommen. 17 Personen wurden als „Rädelsführer" im Schnelltempo zu Haftstrafen (vier mal 18 Monate ohne Bewährung, sieben Mal 6 Monate ohne Bewährung und sechs Bewährungsstrafen) verurteilt und sechs freigesprochen; die Angeklagten haben Berufung eingelegt [14] . Am 30. Januar folgte das Urteil in zweiter Instanz, wobei die Strafmaße etwas reduziert wurden (vier Mal 6 Monate ohne Bewährung, 19 Bewährungsstrafen und keine Freisprüche). Die Tatvorwürfe standen auf wackeligen Beinen, da die angeblichen Randalierer nicht in flagranti festgenommen, sondern erst später verhaftet worden waren [15] .

Als Konsequenz aus diesen neuerlichen „Wohnraum-Riots", denen bereits 2000 und 2001 heftige örtliche Unruhen vorausgingen, hat die Zentralregierung nunmehr eine weitgehende Neuordnung der Vergabe von Sozialwohnungen beschlossen. Den Kommunen wird diese Vollmacht nunmehr entzogen, da einerseits zu viel (Verdacht von) Vetternwirtschaft und andererseits zu wenig Autorität auf ihrer Seite stehe. Stattdessen wird die Verteilung nunmehr auf der Ebene der Daïra (Kreis, Unterpräfektur) bei einer „Technokratenkommission", wie es ziemlich offiziell heißt, angesiedelt (Wohnungsbauminister Mohamed Hamimid: „Ein Team von Technokraten könnte das erledigen"). Diese hat zugleich den Vorzug und den Nachteil, wesentlich weiter weg von den örtlichen „Verteilungskämpfen" zu sein: Einerseits bestehen weniger Verbindungen zu den unmittelbar Betroffenen und damit vielleicht auch weniger Versuchungen, diesem oder jener Bekannten um jeden Preis die von so Vielen dringend benötigten Sozialwohnungen zuzuschustern. Auf der anderen Seite wird bemängelt, dass auch die bisher (theoretisch) erforderte Sozialuntersuchung, in Gestalt einer Diskussion im kommunalen Ausschuss über die konkreten sozialen Situationen der einzelnen Antragsteller, nunmehr im Prinzip entfällt: Entschieden wird künftig nach Aktenlage [16] .

Zum Jahresende 2004 waren insgesamt 55.000 Sozialwohnungen „aufgelaufen", deren Verteilung sich aus den genannten Gründen als momentan unmöglich erwies, 2.000 davon in der Hauptstadt Algier. Diese Wohnungen, die im Laufe der Zeit zu zerfallen drohen und für deren Zuteilung normalerweise der vergangene 31. Dezember die „Deadline" bildete, sollen nunmehr auf dem „technokratischen" Wege verteilt werden.

Auf fernere Sicht hin soll ein von Staatspräsident Abdelaziz Boutefliqa aufgelegtes Bauprogramm Abhilfe schaffen: In der laufenden Amtsperiode sollen, im Zeitraum 2005 – 2009, insgesamt 1, 075 Millionen Wohnungen (davon circa 300.000 Sozialwohnungen) neu errichtet werden. Das erlaubt im Prinzip der derzeit hohe Rohölpreis auf den Weltmärkten, der im Moment für volle Staatskassen sorgt. Noch aber sind die Wohnungen nicht gebaut, die bürokratischen Mühlen des Staatsapparats mahlen langsam, dort wie in der Privatwirtschaft grassiert die Korruption – und wehe, wenn die Ölgelder vielleicht demnächst nicht mehr so üppig sprudeln sollten...

Siehe auch: Algerien - Frontstaat im globalen Krieg? Neoliberalismus, soziale Bewegungen und islamistische Ideologie in einem nordafrikanischen Land. Informationen zum Buch von Bernhard Schmid (ISBN: 3-89771-019-6) beim Unrast Verlag FPRIVATE „TYPE=PICT;ALT=externer Link" http://www.unrast-verlag.de/unrast,2,139,4.htmlAnmerkungen:

(1) Vgl. Le ministre de la Solidarité nationale réfute l'existence de la pauvreté en Algéerie, in: La Tribune (Algier) vom 06. Januar 05.

(2) Vgl. Ouyáhia veut une tripartite rassembleuse, in: La Tribune vom 08. Januar 05.

(3) Vgl. zu den jüngsten Revolten ausführlich: Djelfa, Tiaret, Maghnia et Bouira: Les émeutes de la malvie, in: Liberté (Algier) vom 24. Januar 05.

(4)Zitiert nach: Carburants: Une autre augmentation à venir, in: Le Quotidien d'Oran vom 08. Januar 05.

(5) Vgl. Algérie – OMC: Reprise des négocations fin février, in: La Tribune vom 15. Januar 05.

(6) Zitiert nach: Naftal annonce ses nouveaux prix. La bouteille de butane à 200 D.A., in: Liberté (Algier) vom 15. Januar 05.

(7) Vgl. etwa: Huit mois de prison contre six émeutiers, in: Liberté (Algier) vom 26. Januar 05.

(8) Vgl. auch: En Algérie, la hausse des carburants provoque des émeutes d'est en ouest, in: Le Monde (Paris) vom 27. Januar 05.

(9) Vgl. dazu: Les étudiants favorables au dialogue! und nebenstehender Kommentar, in: Liberté vom 13. Januar 05.

(10) Vgl. dazu: Verdict favorable au syndicat, in: Liberté (Algier) vom 13. Januar 05.

(11) Vgl. dazu: Benbouzid: „Les grévistes seront sanctionnés", in: El Watan (Algier) vom 04. Januar 05 oder auch die Schlagzeile der, von der Ankündigung des Ministers hellauf begeisterten, prowirtschaftlisliberalen Dépêche de Kabylie vom 04. Januar 05: Benbouzid refuse le chantage (Benbouzid verweigert die Erpressung).

(12) Vgl. Sit-in du CLA devant l'Académie d'Alger, in: Le Quotidien d'Oran vom 11. Januar 05.

(13) Vgl. etwa: Logements sociaux: Des affrontements, des blessés et des arrestations à Oran, in: Le Quotidien d'Oran vom 13. Dezember 05.

(14) Vgl. Emeutes d'El-Kerma à Oran: Les condamnés introduisent des appels, in: La Tribune (Algier) vom 05. Januar 05.

(15) Vgl. Affaire des émeutes d'El Kerma, in: El Watan vom 31. Januar 05.

(16) Vgl. etwa: Distribution prochaine de 55 000 logements sociaux, in: La Tribune vom 17. Januar 05.

crush hour concerts präsentiert:

Was da im Kleinen keimt, wächst zu einem Meer an Melodien. Eine Reise durch Klang und Zeit. Fünf junge Menschen aus Oldenburg machen sich auf die Suche nach den goldenen Tönen. Neben den gewohnt warmen, goldenen Klängen von Gitarren und allerlei elektronischer Feinkost, schafft sich Sängerin Julia´s betont unbetonter Gesang auch viel Raum zum Nachdenken und Schwelgen. Nie groovte Melancholie schöner!
Dauerregen. Mit dem Fahrrad durch kleine Straßen mit kleinen Häusern fahren. Auberginen und Ruccola essen. Unsere Wohnung ist gemütlich. CDs hängen an Kleiderbügeln an der Wand. Ein Kosmos für sich. Das Meer ist nicht weit. Ingo Renken (Gitarre), Martin Glos (Bass, Barriton-Gitarre, Elektronik) und Christian Ziegler (Drums) machten sich vor vier Jahren auf die Suche nach den „Goldenen Tönen" und fanden in Julia Lott (Gesang) und Susanne Becker (Gesang, Keyboards) die ideale Ergänzung für Musik zwischen Post-Rock und Avant-Pop.
Nach der selbstveröffentlichten EP Mimikry und dem Beitrag zur Splitsingle mit Mikrofisch folgt im Mai das Debütalbum Finding!

Ausserdem spielen **Fjord** eine andere tolle band aus Oldenburg. **freitag 10.06.05 21 uhr**

++

die vier frauen präsentieren pure post punk aus norwegen. Mit geschrei und gesang, schlagzeug, gitarre und bass, mal langsam,mal schnell und vor allem laut!

&

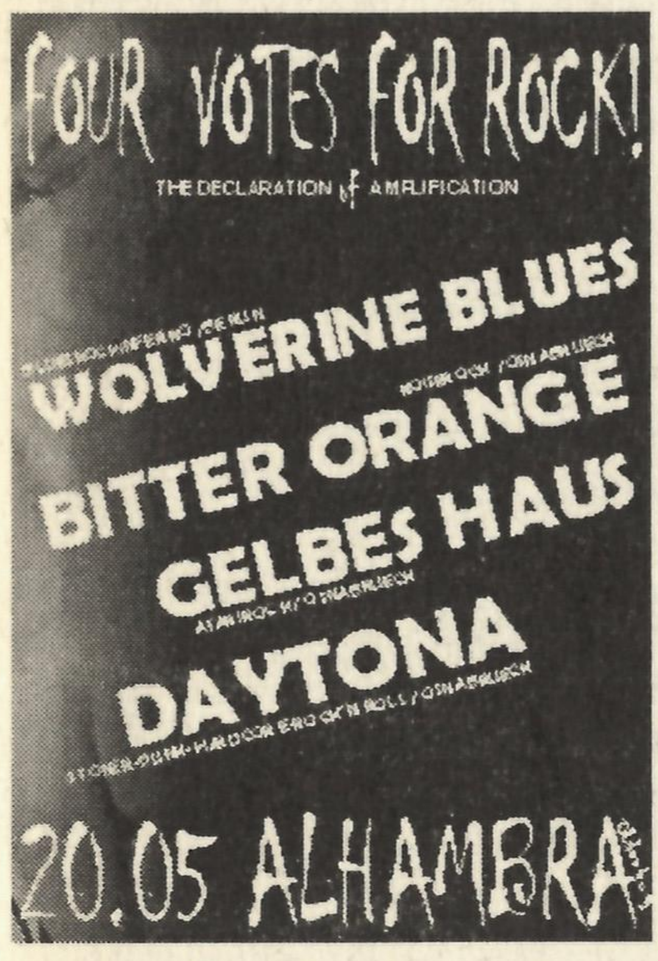
LA CASA FANTOM

das schlagzeug-bass-duo „la casa fantom" gibt es seit dem jahre 2000; seitdem haben sie drei cd`s veröffentlicht. schönheit und geschrei werden in luftigem geknüppel zu einem minimal-screamo-vergnügen vereint.

beide bands kommen aus norwegen
und spielen am

mittwoch
22.06.05
21 uhr

wie immer im Alhambra und pünktlich!!!

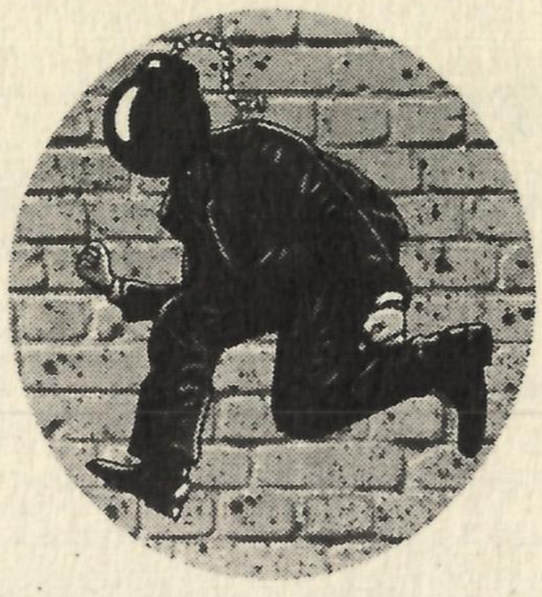


Zweimal Sputnikkonzerte im Mai

10.5. Markscheider Kunst

und

26.5. Amsterdam Klezmer Band



**Der Mai ist gekommen – und Markscheider Kunst sind wieder da.
Das ist auch mal einen Dienstag wert.**

Dreimal waren sie schon in Oldenburg, es scheint aber schon eine Ewigkeit her. Seit 1996 werden sie bekannter – aber das unverdient langsam. In St. Petersburg oder Moskau sind sie seit Jahren Helden des musikalischen Untergrunds.

In Deutschland haben sich die neun zunächst mit der Russendisko-CD von Autor Wladimir Kaminer einen Namen gemacht. Seitdem werden die Tourneepläne voller, die Festivalbühnen größer und auf Funkhaus Europa wird ihre Platte zur „CD der Woche".

**Ihre aktuelle Veröffentlichung ist eine Neuauflage ihres Erstlings „St. Petersburg – Kinshasa Transit". Das war erste MKunst Album, das (trotz geringer Auflage und relativ großen Umkosten) die Band damals im fernen Russland 1998 bekannt gemacht hat.
Auch auf ihr ist ihre Mischung aus russischem Ska, Balkan Beats, Afro-Rock und Virtuosität zu hören. Ihre Platten sind toll, aber ihre Konzerte sind besser. Lassen wir einfach einen Augenzeugen sprechen:**

Review entnommen aus: www.treibsand.net

**„Welch ein Hochgenuss! Ein Fest für alle Sinne! Markscheider Kunst boten Anlass zum Tanzen und Jubilieren, jenseits aller Grenzen des Verstandes und der Zurechnungsfähigkeit!
Acht wackere Russen aus ehemals Leningrad, die mit Raffinesse, Können und einer geheimen Gabe, die sich nicht erlernen lässt, ein völlig überfülltes Treibsand zum Brodeln brachten. (...) Wild- und halbfremde Menschen mit doch so vertrauten Gesichtern, lachten sich schweißgebadet an und ließen den Betonboden erzittern (...)"**

Markscheider Kunst, Dienstag, 10.5., 21 Uhr, Alhambra

Amsterdam Klezmer Band

Klezmer-Rhythmen, jiddischer Rap, osteuropäische Tanzmusik, Balkan-Melodien und nostalgische russische Straßenschnulzen – „De Amsterdam Klezmer Band" kommt!

Sechs CDs haben die Amsterdamer seit 1999 veröffentlicht. Eigenkompositionen und traditioneller Klezmer ohne einen Körnchen Staub außerordentlich interpretiert sind darauf zu finden.Gekauft werden sie meist Zuhause und in Israel. „Russendisko" (s.o.) brachte sie in Deutschland einem breiten Publikum nahe. Mit Percussion, Kontrabass, Akkordeon, Saxofon, Trompete, Klarinette, Posaune und Gesang werden die sechs ihr Publikum verzaubern.

Die Amsterdam Klezmer Band, Donnerstag, 26.5., 21 Uhr, Alhambra

Und vor beiden Konzerten: Kurzfilme in der Kneipe.

www.sputnikkonzerte.de

FEED ME

PLEASE

eine literaturseite zum thema essen. ist das literatur und was hat das hier zu suchen? die literaturseite ist der einzige platz in dieser zeitung in dem es vordergründig nicht um politik geht... ich interressier mich ja eigentlich gar nicht für literatur und hab diesen monat auch nichts gefunden.
die geschichte von haruki murakami über das hundertprozentige mädchen wollte ich eigentlich abdrucken aber da hätte ich mir das buch kaufen müssen und das wollte ich grade nicht. vielleicht irgendwann mal. auch wenn eine liebeserklärung von einem mann an eine frau die heteronormativität in unserer gesellschaft nicht grade mit wehenden fahnen bekämpft aber egal es ist eine schöne geschichte.

also kochen und politik: klar ist kochen politik. nicht nur so vordergründig von wegen mcdonalds und wir reichen arschlöcher vergiften die ganze welt mit unmengen an pestiziden. auch nicht von wegen ob ich jetzt lebendige tiere zerschreddern lasse oder ob das privatsache ist oder eigentlich falsch aber es schmeckt halt so gut. diese diskussionen machen mir schon seit jahren keinen spaß mehr und für mich sind fleischesserinnen halt arschlöcher obwohl ich sie ganz gerne mag.

kochen ist politik weil wir damit das wofür wir kämpfen schon mal in kleinem rahmen verwirklichen können. quasi die siegesfeier für nach der revolution vorverlegen weil drauf warten dauert ja ewig. das geht für fünfzig leute bei der vokü genau so wie für zwei. obwohl das für fünfzig viel mehr arbeit ist aber sich viel weniger leute bedanken. außer mensch findet raus dass nicht abgewaschene töpfe und teller ein zeichen von dankbarkeit sind, vielleicht ist das ja so, dann lasse ich meinen auch mal stehen.

kocht mal wieder mehr! das macht spaß und ihr braucht ja auch nicht immmer gleich ein riesenfestmahl draus zu machen. könnt ihr natürlich gerne. kocht mal was was ihr noch nie gekocht habt und kauft mal wieder ne gemüsesorte die es nicht bei aldi gibt sonst gibts bald nur noch aldi. ladet auch mal wieder die jenigen ein die ihr schon lange nicht mehr gesehen habt oder die ihr in zukunft kennenlernen wollt. wer sich nicht kennt kann auch keine revolution zusammen machen.

fleischfresserinnen kocht mehr vegetarisch und vegetarierinnen kocht mehr vegan und veganerinnen macht euch mal wieder seitan zum sattessen! als ersten vorschlag gibts mal ein rezept daß nicht vegan ist aber veganerinnen kriegen das auch ohne käse und butter hin:

risotto

ich fang jetzt nicht an mit zutatenlisten weil die treffen nicht den kern eines gerichts. aus den gleichen zutaten kann mensch was total tolles oder den größten scheiß zusammenkochen. risotto ist erstmal reis mit scheiß. richtig matschig und damit richtig risotto wird es nur mit risottoreis oder notfalls mit milchreis, mit locker von der gabel rieseln ist da nix und das ist auch gar nicht erwünscht. der trick ist daß der reis ungekocht angebraten wird (bei mir in butter mit zwiebeln und knoblauch) und daß dann immer nur ganz wenig flüssigkeit dazugegossen wird. dabei mußt du immer rühren. ein guter flacher topf mit dickem boden ist nicht unbedingt nötig aber damit macht es viel mehr spaß und auf dem flohmarkt kostet der nicht mehr als eine tiefkühlpizza der besseren sorte im supimarkt. ich gieße dazu weißwein (den gerne zu anfang, weil der alkohol dann zwar in der küchenluft aber nicht mehr im essen ist) und das wasser, in dem ich vorher getrocknete pilze eingeweicht habe. ihr könnt jede art von brühe nehmen oder das kochwasser vom gemüse, was ihr sonst immer wegkippt. ich hab keine ahnung was hochamtliche italienische risottoköche dazu sagen aber mir egal. wichtig sind noch drei sachen: erstens (und das gilt für jedes essen) tut nicht zuviel - das wissen die meisten - und nicht zuwenig salz rein. einfach probieren und überlegen. wenn das essen zu langweilig schmeckt ist meistens zu wenig salz drin. oder es ist zu kurz gekocht (dann hat sich der geschmack noch nicht entwickelt) oder zu lange (dann ist alles matschig und das kauen macht keinen spaß mehr). das waren auch schon die punkte zwei und drei. tut noch irgendwelches gemüse oder pilze dazu und passt auf dass alles nicht roh und nicht zerkocht ist wenn ihr es serviert. der reis saugt viel mehr flüssigkeit auf als ihr erstmal denkt... solange ihr in kleinen schlucken nachgießt und zwischendurch probiert kann erstmal nix schiefgehn. passt auf daß eure mitesserinnen am tisch sitzen wenn das essen fertig ist. ach ja und kauft ein großes stück parmesan und reibt das komplett in und auf das risotto. dazu braucht ihr nicht unbedingt was anderes zu essen... kocht also genug ist auch am nächsten tag noch lekker wenn ihr es mit etwas flüssigem aufwärmt. aber am nächsten tag ist meist nix mehr da weil ich es immer schon nachts aufesse...

literatur seite zum essen

alhambra zeitung und programm

mai '05 termine

Mo. 2.5.	21:00	RedRedRed Konzert: A Day in Black & White
Fr. 6.5.	22:00	Reggae Corner
Sa. 7.5.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
So. 8.5	21:00	Konzert: red with anger
Di. 10.5	21:00	Sputnik-Konzert: Markscheider Kunst
Do.12.5.	19:00	Veranstaltung zum Zuwanderungsgesetz (AntiRa-Plenum)
	22:00	Fachschaftsparty Sonderpädagogik
Fr. 13.5.	23:00	Goa-Party
Sa. 14.5.	22:00	FrauenLesben Disco , ab 21:00 Standarttanz
Fr. 20.5.	22:00	Konzert (Rock´n Roll)
Sa. 21.5.	22:00	Männerfabrik
Do. 26.5.	21:00	Sputnik-Konzert: Amsterdam Klezmer Band
Fr. 27.5.	21:00	Soli-Party für Wildwasser
Sa. 28.5.	22:00	Rosa Disco

regelmässige termine

Wöchentlich:

Mo. 18:00 Archiv
Mo. 18:00 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa - Cafe
Do. 17:00 Jugendcafe "Kaluppe"
Do. 18:00 SchülerInnenbündnis "Swimmy"
Do.19:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum